



# Inhalt

Grußwort.....	3
Der DGB-Zukunftsdialog 2018–2022: Austausch und Vernetzung mit Wirkung .....	4
Interview mit Reiner Hoffmann und Julia Friedrichs.....	6
Reportage: Ein Mobilitäts-Konzept für den Hamburger Süden .....	10
Reportage: So geht Gewerkschaft im ländlichen Raum .....	12
Reportage: Vergabemindestlohn – in der Kommune wie im Land .....	14
Reportage: Mehr Bildungsgerechtigkeit im Pisa-Gewinnerland .....	16
50 Ideen aus 5000.....	18
Reportage: Keine Miete für die Profite .....	20
Reportage: Kommunalpolitik beim Wort genommen.....	22
Reportage: Bezahlbare Wohnheimplätze dank Azubiwerk .....	24
Reportage: Eine Stimme für die Berufspendler*innen .....	26
Reportage: Kostenloses Schulessen muss anständig bezahlt werden .....	28
Stimmen aus den Gewerkschaften .....	30
Drei Perspektiven, drei Fragen und Antworten .....	32
Vier Jahre DGB-Zukunftsdialog: Gemeinsam weitergehen .....	34



## Liebe Leserinnen und Leser, liebe Kolleginnen und Kollegen,

als wir vor vier Jahren mit dem DGB-Zukunftsdialog loslegten, waren unsere Lebens- und Arbeitswelt bereits durch große Umbrüche gekennzeichnet, die viele Menschen verunsicherten. Um dem zu begegnen, haben wir ihnen mit dem Zukunftsdialog ein Angebot geschaffen, um sich aktiv an der Gestaltung unserer Gesellschaft zu beteiligen. Ob Gewerkschaftsmitglied oder nicht, ob im ländlichen Raum oder in der Stadt – alle waren eingeladen teilzunehmen.

Welch fundamentale Einschnitte auf uns zukommen würden, hatte im Mai 2018 niemand voraussagen können. Die Corona-Pandemie hat unseren Alltag umgewälzt, vielen die Existenzgrundlage genommen und Abertausende Menschen das Leben gekostet. Harte Konfliktlinien zwischen Befürworter\*innen und Kritiker\*innen der Corona-Maßnahmen der Regierung haben Familien, Freundeskreise und Belegschaften entzweit.

Wir haben erlebt, wie wichtig solidarisches Handeln und ein aktiver Staat sind. Als Gewerkschaften ist es uns meist gelungen, darauf hinzuwirken, dass Regelungen im Sinne der Beschäftigten gestaltet wurden, ob es um Homeoffice, Kurzarbeit oder betrieblichen Gesundheitsschutz ging.

Die gestiegene Reichweite unserer Online-Angebote zeigt, dass viele in dieser unsicheren Zeit bei Gewerkschaften Informationen suchen – weil sie uns vertrauen. Und mit dem Zukunftsdialog haben wir online auch in Zeiten des Abstands Räume des Austauschs geöffnet, die rege genutzt wurden.

Im Februar dieses Jahres, als sich die Corona-Lage kurz entspannte, eskalierte Wladimir Putin den Krieg gegen die Ukraine. Zum Redaktionsschluss sind die weiteren Entwicklungen noch nicht absehbar. Doch offensichtlich ist schon jetzt: Dieser Krieg verursacht großes Leid – und hat gravierende Folgen für die Weltwirtschaft.

Nicht überraschend haben die Teilnehmer\*innen unseres Zukunftsdialogs häufig betont, wie wichtig ihnen Frieden und Demokratie sind, weltweit und in Deutschland. Zu vielen Fragen haben sie unterschiedliche Standpunkte eingenommen, aber den meisten scheint eine gute Zukunft ohne Solidarität und Zusammenhalt undenkbar.

Wir haben nicht nur gefragt, wie wir in Zukunft leben und arbeiten wollen, sondern gemeinsam mit allen haupt- und ehrenamtlichen Ebenen des DGB Lösungen angestoßen und politische Erfolge erzielt. Unsere Leuchttürme in dieser Broschüre stehen stellvertretend für diese zahlreichen Projekte. Sie zeigen, dass wir als Gewerkschaften eine besondere Rolle in der Zivilgesellschaft einnehmen, die nur wir als Vertretung der rund 40 Millionen Beschäftigten in Deutschland ausfüllen können.

Das bedeutet nicht, dass wir stets allein arbeiten. Im Gegenteil: Wir haben uns im Zukunftsdialog mit vielen Partnern zusammengeschlossen. Solchen, mit denen sich in unserer 70-jährigen DGB-Geschichte eine Tradition der Zusammenarbeit etabliert hat, aber auch solchen, die wir neu kennengelernt haben.

Mit diesem Abschlussbericht danken wir allen, die am Zukunftsdialog mitgewirkt haben. Den Kolleg\*innen, die rund 700 Veranstaltungen und Aktionen auf die Beine gestellt haben, denjenigen, die mit Projekten das Leben und Arbeiten vor Ort ein Stück verbessert haben – und jeder Person, die sich mit einem Beitrag am Dialog beteiligt hat.

Ermutigt von den organisatorischen und politischen Erfolgen und der Energie des Zukunftsdialogs werden wir Erreichtes zukunftsfest weiterentwickeln.

Reiner Hoffmann

Elke Hannack

Stefan Körzell

Anja Piel

# Der DGB- Zukunftsdialog 2018–2022: Austausch und Vernetzung mit Wirkung

## DIALOG



Online und bei Hunderten Veranstaltungen und Aktionen hat der DGB gefragt, wie wir in Zukunft leben und arbeiten wollen – und rund 5.300 Impulse als Antwort erhalten. Im Zentrum standen dabei die Schwerpunktthemen: Wohnen, Tarifbindung, Rente und Investitionen.

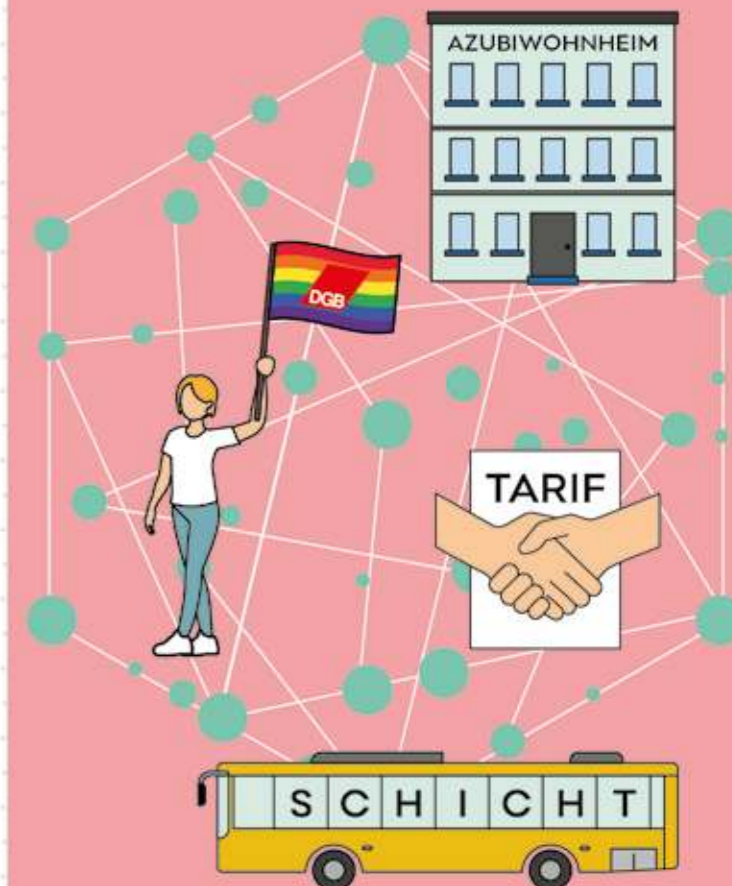
## STÄRKUNG



700 Veranstaltungen  
& Aktionen

Mit dem Zukunftsdialog gelang uns eine doppelte Beteiligung: Nach außen gerichtet mit der Aufforderung an die Menschen zum Dialog mit uns und nach innen mit der Einbindung aller DGB-Gliederungen: von den ehrenamtlichen Kreis- und Stadtverbänden bis zu den hauptamtlichen Ebenen auf Regions-, Bezirks- und Bundesebene.

## VERÄNDERUNG



In den vier Jahren wurden außerdem konkrete Lösungen für Probleme vor Ort angestoßen sowie neue Netzwerke für gutes Leben und Arbeiten geknüpft.

# „Wir sind eine Emanzipationsbewegung“

Wohin bewegt sich unsere Gesellschaft, wo stehen die Gewerkschaften? Was erwarten die Bürger\*innen von der Interessenvertretung der Arbeitnehmer\*innen? Und was hat der Zukunftsdialog der Gewerkschaften bewirken können? Der DGB-Bundesvorsitzende, Reiner Hoffmann, und die Publizistin Julia Friedrichs tauschen sich aus – und sind durchaus nicht immer einer Meinung.

**Herr Hoffmann, die Welt um uns herum verändert sich rasant, und nicht unbedingt zum Guten. Was bedeutet das alles für das Umfeld, in dem sich die Gewerkschaften bewegen?**

**Reiner Hoffmann:** Es ist keine Übertreibung zu sagen: Wir sind gerade mit tektonischen Verschiebungen konfrontiert. Um das zu erkennen, genügt ein Blick auf den schrecklichen Krieg in der Ukraine oder den Klimawandel. Das stellt auch Gewerkschaften vor erhebliche neue Herausforderungen, weil wir uns nicht nur als

Mitgliederorganisationen, sondern auch als gesellschaftspolitischer Akteur für den sozialen Zusammenhalt und die Demokratie einsetzen. In den letzten Jahren wurden die enormen Wohlstandsgewinne weder in Deutschland, noch innerhalb der EU oder im globalen Kontext gerecht und fair verteilt. Jeder, der ein Bewusstsein für soziale Gerechtigkeit hat, spürt das. Menschen werden abgehängt. Sie fühlen Verunsicherung und Kontrollverlust, sie haben Zukunftssorgen. Wir erleben Demokratiefeindlichkeit und einen üblen Populismus. Allerdings erleben wir auch, dass die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung solidarisch zusammensteht. Das haben wir in der Pandemie erlebt und jetzt im Zusammenhang mit den völkerrechtswidrigen Aggressionen in der Ukraine.

**Wie widerspiegeln sich diese tektonischen Verschiebungen in der Arbeitswelt?**

**Reiner Hoffmann:** In der Arbeitswelt erleben wir aufgrund des Klimawandels, dass Produktions- und Wirtschaftsweisen völlig neu umgestaltet und organisiert werden müssen: Also, raus aus den fossilen Energieträgern, rein in eine nachhaltige grüne Energieversorgung. Diese Herausforderung enthält enorme Chancen für die Gestaltung des Klimawandels, aber natürlich auch erhebliche Risiken für sichere Beschäftigungsperspektiven. Sehen wir uns nur die Automobilindustrie an, die chemische Industrie oder andere energieintensive Branchen wie die Stahlindustrie. Wir wollen diese Industrien langfristig in Deutschland und Europa halten, um



neue Wertschöpfungsketten aufzubauen und damit auch Beschäftigung zu sichern. In anderen Bereichen entsteht gerade ein digitales Proletariat ohne soziale Absicherung, weil es bei den Plattformen keine Tarifverträge gibt und neue Unternehmen sich weigern, ihre soziale Verantwortung als Arbeitgeber wahrzunehmen. Hier müssen wir handlungsfähig werden, und dafür müssen wir Beschäftigte, die auf Plattformen tätig sind, als Mitglieder gewinnen – und das ist extrem anspruchsvoll.

**Frau Friedrichs, deckt sich die Sichtweise des DGB mit der Sichtweise des Restes der Gesellschaft?**

**Julia Friedrichs:** Die Megatrends sind völlig unstrittig, gar keine Frage. Ich glaube aber, wir sollten noch einen Schritt weiter zurückgehen: Was hat sich in den letzten 40 Jahren verändert, also binnen einer Generation? Es geht mir um die Frage, wie man mit Arbeit sein Leben führen kann. Wir wissen, dass 40 Prozent der Menschen in Deutschland kein Vermögen haben, keine Rücklagen. Bei ihnen sind die Wohlstandsgewinne einfach nicht angekommen, und jede neue Veränderung bedeutet ein Abrutschen. Für knapp die Hälfte der Bevölkerung ist der Druck schon so groß, dass jede „Unwucht“ wie jetzt zum Beispiel die steigenden Energiepreise einer Katastrophe gleicht. Für all das, was jetzt kommt – Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse, Transformation in Richtung einer Klima-überlebensfähigen Gesellschaft –, haben wir es nicht geschafft, diese Generation in eine bessere Startposition zu bringen. Und das merken Menschen jeden Tag. Gruppen wie alleinerziehende Frauen haben wir komplett aus dem Blick verloren. Es geht nicht um Randgruppen, es geht um den Kern der Gesellschaft. Manchmal bin ich überrascht, wie wenig wir darüber reden.

Dass es für Sie als Gewerkschaften eine verdammt schwere Aufgabe ist, Menschen in atomisierten Beschäftigungsverhältnissen zu organisieren, glaube ich sofort. Gerade diese Menschen haben eine starke Interessenvertretung viel nötiger als die verbeamteten Lehrer oder die Festangestellten bei Bosch oder BMW. Doch gerade in ihrem Arbeitsalltag spielen Gewerkschaften keine Rolle. Mein Eindruck ist, dass Sie diese Menschen im Stich gelassen haben.

**Reiner Hoffmann:** Massiver Widerspruch! Richtig ist: Wir sind Mitgliederorganisationen, heißt wir treten ein für die Interessen unserer Mitglieder. Gleichzeitig übernehmen wir aber gesamtgesellschaftliche Verantwortung. Selbst dann, wenn sie für unsere Mitglieder auf den ersten Blick nicht unmittelbar den eigenen Interessen gerecht wird. Ein Beispiel ist der Mindestlohn. Ohne uns Gewerkschaften, die die Interessen des Allgemeinwohls vertreten und nicht nur die Mitglieder, hätte es diesen Mindestlohn nicht gegeben.

Auf Solidarität setzen wir auch in der Tarifpolitik. Zum Beispiel mit einem Demografie-Fonds, mit dem wir bessere Arbeitsbedingungen für Schichtarbeiter\*innen erreichen. Das muss immer aus der Verhandlungsmasse finanziert werden. Wenn ich in den Betrieb komme, sagen die Mitglieder oft zu mir: „Wieso habt ihr nicht einen Schnaps mehr draufgetan? Ein Prozent mehr Lohn im Portemonnaie wäre viel besser gewesen als Geld für Weiterbildung oder Gesundheitsmaßnahmen.“ Unser Ziel ist es aber auch, Verträge zu machen, die Beschäftigten mit besonders anstrengenden Arbeitsbedingungen zugutekommen. In Gesprächen mit den Kolleginnen und Kollegen lässt sich dann eine solche solidarische Tarifpolitik auch vermitteln.

**Julia Friedrichs:** Genau das ist die Kardinalfrage: Wie schafft man es, dass sich eine zerklüftete



Arbeitnehmerschaft als Gruppe fühlt – der ungelernete U-Bahnhof-Reiniger, der ganz klassisch Arbeiterklasse ist, und die hochgebildete Musikschullehrerin, deren festes Arbeitsverhältnis in einen Honorarvertrag umgewandelt wurde und die bei Krankheit oder in den Schulferien keinen Cent bekommt? Beide können von ihrer Arbeit gerade so leben. Beide wissen: Das Geld ist immer knapp und wird immer knapp sein. Es geht darum, gerade dieser unteren Mittelschicht, die für die Gesellschaft ganz, ganz wichtig ist, über alle Berufe und Beschäftigungsverhältnisse hinweg klarzumachen: Ihr sitzt in einem Boot, und es gibt Leute, die euch dabei unterstützen. Zum Beispiel die Gewerkschaften.

**Reiner Hoffmann:** Das ist ein tolles Beispiel, Frau Friedrichs. Die Strukturen, die das Leben dieser Menschen prägen, sind ja ganz ähnlich: An ganz vielen Orten findet Ausgliederung statt, überall geht es um



Kostenminimierung, und gesellschaftlich notwendige Aufgaben werden nicht anständig finanziert. Am Ende ist es immer eine Frage von Verteilungsgerechtigkeit, um die man politisch kämpfen muss.

### Was tun die Gewerkschaften für mehr Gerechtigkeit?

**Reiner Hoffmann:** Unsere Mitgliedsgewerkschaften setzen sich in den Betrieben und Verwaltungen für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen ein, das allein reicht aber nicht. Wenn wir den Anspruch haben, Arbeits- und Lebensbedingungen von Menschen zu verbessern, müssen wir auch die ganz konkreten Lebenswelten der Menschen vor Ort verbessern. Haben wir genug Kitas? Sind die Schulen in einem ordentlichen Zustand? Haben wir einen öffentlichen Nahverkehr, der neue Mobilität ermöglicht? Wir müssen Missstände skandalisieren, wenn notwendig, aber wir müssen auch praktische Alternativen aufzeigen. Zum Beispiel, indem Betriebsräte sich gemeinsam mit Bürgerinitiativen dafür einsetzen, dass Busse nicht irgendwann fahren, sondern dann, wenn die Menschen zur Schicht müssen. So entstehen Netze der Solidarität, und dann erreicht man auch etwas, weil die Politik vor Ort das nicht länger ignorieren kann. Aus kleinen Erfolgen wächst dann auch wieder Motivation: Gemeinsam kriegen wir etwas hin. Genau dafür haben wir den Zukunftsdialog geführt: Um uns gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Gruppen vor Ort zu engagieren für Ziele, die wir gemeinsam vertreten.

**Julia Friedrichs:** Wir tappen viel zu oft in die Falle, dass wir glauben, dass es diesen Gemeinsinn nicht mehr gibt. Dass wir eine individualisierte Gesellschaft sind, in der Identitätspolitik das A und O ist. Viele, denen es nicht gut geht, sehen nur individuelles Versagen. Die sagen: Ich bin selbst schuld, ich habe mich nicht genug angestrengt, oder ich habe Pech gehabt. Als sei es ein Naturgesetz, dass die Reinigungskraft oder der Regal-Einräumer schlecht bezahlt werden.

Meine eigene Erfahrung aus sehr vielen Recherchen ist aber auch: Menschen äußern sehr ähnliche Wünsche, wenn man sie fragt: Wie wäre dein Leben besser? Es gibt ein Bedürfnis nach Sicherheit, nach Anerkennung. Da ist es ganz egal, ob jemand ein Trans-Postbote oder ein biodeutscher heterosexueller Fahrer bei Lieferando



ist. Menschen wollen die Regisseure ihres eigenen Lebens sein. Außerdem soll ihr nahes Lebensumfeld in Ordnung sein: Sie wollen eine Wohnung haben, die sie bezahlen können. Die Parks sollen in Ordnung sein, sie wollen gute Möglichkeiten der Fortbewegung haben, und – das ist ganz entscheidend – sie wollen für ihre Kinder eine gute Hoffnung haben. Wenn man da ansetzt, und das heißt oft: im Lokalen, wo so viel vernachlässigt wurde – dann, glaube ich, haben wir ganz, ganz viele Menschen dabei.

### Hat der Zukunftsdialog dazu beitragen können?

**Reiner Hoffmann:** Wir haben hier die ersten wichtigen Schritte gemacht. Wir sind vor Ort präsenter und haben ganz selbstbewusst von Passau bis Flensburg, von Görlitz bis Aachen bezahlbares Wohnen und mehr Investitionen in die Zukunft thematisiert. Als Gewerkschaft mit Komplexität und Vielfalt umzugehen, gelingt nur, wenn ich Beteiligungen organisiere und die Ansprüche der Menschen an individuellen Optionen ernstnehme und das dann in gemeinsamer, solidarischer Interessenvertretungspolitik organisiere. Die Menschen wollen und brauchen Perspektiven, und genau darüber sind wir in die Diskussion mit ihnen gekommen. Wir

haben gezeigt, dass wir eine Emanzipationsbewegung sind, die für soziale Teilhabe über Erwerbseinkommen einsteht, zugleich aber auch unterschiedliche Interessen und Lebensstile ernst nimmt und respektiert und damit in einer deutlich individualisierten, pluralen Gesellschaft eine soziale Klammer bildet. Weil am Ende die Interessen, die man gemeinsam an gesunder Umwelt und guter Arbeit hat, bei aller Individualisierung doch sehr ähnlich sind. Diesen Weg wollen wir weitergehen, Debatten und Diskurse erzeugen und vorantreiben. Denn das hat der Zukunftsdialog mit vielen kleinen praktischen Beispielen bewiesen: Gemeinsam können wir Veränderung zu einem guten Leben und guten Arbeiten erreichen. ■

Das Interview führten Steffen Zinßer und Hinnerk Berlekamp.

**Reiner Hoffmann (66)**, Diplom-Ökonom, ist seit 2014 Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB).

**Julia Friedrichs (42)** ist Journalistin, Filmemacherin und Buchautorin. Zuletzt erschien von ihr: „Working Class. Warum wir Arbeit brauchen, von der wir leben können“ (2021)

# Ein Mobilitäts-Konzept für den Hamburger Süden



Die Freie und Hansestadt Hamburg verfügt über ein Nahverkehrsangebot, um das andere Kommunen sie nur beneiden können. U-Bahn, S-Bahn und Busse bilden ein enges Netz, und wer schnell und bequem von der eigenen Wohnung zur Arbeit oder in die City gelangen will und später wieder zurück, der ist auf die eigenen vier Räder nicht angewiesen. Vorausgesetzt allerdings, er bleibt auf der „richtigen“, der nördlichen Seite der Stadt. „Südlich der Norderelbe sieht es leider ganz anders aus“, sagt der stellvertretende DGB-Stadtverbandsvorsitzende Wolfgang Brandt. „Gerade hier bei uns in Harburg ballen sich die Probleme.“

Hamburg-Harburg ist der letzte Bahnhof vor den Elbinseln, wenn man sich von Süden her der Großstadt nähert. Ein Knotenpunkt, an dem Regional- und Fernzüge aus dem Westen, dem Süden und dem Südosten zusammentreffen. Tausende Beschäftigte steigen hier morgens in die S-Bahn Richtung Zentrum ein oder um. „Zur Rushhour sind die Züge völlig überfüllt. Wer bei uns zusteigt, findet bestenfalls noch einen Stehplatz. Jetzt sollen hier im Süden auch noch 4.000 Wohnungen



entstehen, auch das schafft neuen Verkehr. Vom Hamburger Senat sind diese Probleme viel zu lange vernachlässigt worden. Wir müssen Lösungen finden, und zwar schnell“, erklärt Wolfgang.

Den ersten Schritt dazu unternahm der pensionierte Lehrer und seine Kolleginnen und Kollegen aus dem DGB-Stadtverband Hamburg-Harburg im August 2020. Beim alljährlichen Sommerfest der Gewerkschaften in Wolfgang's Garten diskutierten sie verschiedene Möglichkeiten. Im Zukunftsdialog des DGB sahen sie eine Chance, Veränderungen anzustoßen. Im Rahmen des Projekts „Zukunftsdialog im Norden – Nachhaltig heißt auch sozial!“, das der DGB-Bezirk Nord 2020 ins Leben gerufen hatte, entwickelten sie zusammen mit einem Beratungsunternehmen, das auf Beteiligung spezialisiert ist, einen Fragebogen zur Mobilität und versandten ihn mithilfe der Mitgliedsgewerkschaften an zahlreiche Betriebsräte. Die Resonanz war groß: Fast 100 Betriebs- und Personalrät\*innen aus unterschiedlichen Branchen, aus großen und kleinen Betrieben, antworteten.

Was sie berichteten, deckte sich in vielen Punkten. In 60 Prozent der Betriebe ist heute das Auto wichtigstes Verkehrsmittel – und das, obwohl nicht wenige Unternehmen den Arbeitsweg mit öffentlichen Verkehrsmitteln bezuschussen. Viele Kolleg\*innen klagen über hohe Ticketpreise, schlechte Taktung und störanfällige Zugverbindungen. Das Fahrrad ist für die meisten keine echte Alternative, schon gar nicht, wenn bei Wind und Wetter Schicht- und Nachtdienste zu leisten sind wie etwa bei den Hafenebetrieben.

Oder bei Airbus in Finkenwerder, mit 16.000 Beschäftigten ebenfalls einer der ganz großen Arbeitgeber in Hamburg. „Nach Norden haben wir eine recht gute Verkehrsanbindung“, sagt Gerrit Baars, der im Gesamtbetriebsrat als Sprecher des Arbeits-, Gesundheits- und



Umweltschutz-Ausschusses fungiert. „An die 4.000 Kolleginnen und Kollegen kommen täglich mit Bus oder Bahn und nehmen dann die Fähre. Das funktioniert. Von Süden her sieht es wesentlich schlechter aus.“

Vor ein paar Jahren noch, berichtet Gerrit, stand für die Airbus-Belegschaft eine Menge an Werksbusverbindungen ins südliche Umland zur Verfügung. Nach und nach wurden immer mehr von ihnen eingestellt, insbesondere während der Covid-19-Pandemie, die die Fahrgastzahlen einbrechen ließ. „Die Taktzeiten passten nicht mehr zu den Schichtzeiten, irgendwann saßen nur noch eine Handvoll Leute in den Bussen, und der Arbeitgeber sagte: Das finanzieren wir nicht mehr. Vor ein paar Monaten stellte dann auch noch der Landkreis Harburg seine Zuschüsse ein. Jetzt fahren viele Kolleg\*innen doch wieder mit dem eigenen Auto, oder sie bilden Fahrgemeinschaften.“

**100** Betriebs- und Personalrät\*innen beteiligten sich an der Mobilitäts-Umfrage des Harburger DGB.

Das aber könne nicht die Lösung sein – und nicht nur, weil der vorhandene Parkraum auf dem Werksgelände gar nicht ausreichen werde, wenn die Büromitarbeiter\*innen alle aus dem Corona-Homeoffice zurückkehren, erklärt Gerrit. Wolfgang Brandts Vorschlag, eine Betriebsrätekonferenz für die Betriebe auf den Elbinseln und im Hamburger Süden zu organisieren und dort gemeinsam dem Senat und den Landkreisen Harburg und Stade konkrete Forderungen für betriebliche Mobilitätskonzepte zu präsentieren, stößt bei ihm auf offene Ohren. „Ein Shuttle-Service von Airbus zur S-Bahn wäre zum Beispiel eine gute Möglichkeit, und wir würden die Anwohner entlasten“, sagt Gerrit. „Auch für andere Unternehmen könnte das ein Modell sein.“

Die Initiative des Harburger DGB zieht Kreise. Als die Gewerkschafter\*innen Ende August 2021 ihre Ideen erstmals der Öffentlichkeit vorstellten, waren sowohl der Verkehrssenator als auch die verkehrspolitischen Sprecher\*innen der Bürgerschafts-Fraktionen anwesend. „Wir sind in unseren Vorstellungen gar nicht so weit auseinander“, sagt Wolfgang. „Allen ist klar, dass eine neue Elbquerung weiter im Westen bei Altona die beste Lösung wäre. Dann könnten wir sogar einen S-Bahn-Ring einrichten.“

**Vom Senat sind die Probleme im Hamburger Süden viel zu lange vernachlässigt worden.**

Wolfgang Brandt, DGB Hamburg-Harburg

Doch ein solches Megaprojekt ist nicht nur teuer, es braucht auch viel, viel Zeit. „Mindestens 20 Jahre“, schätzt Wolfgang. So lange könne niemand warten. Bis dahin müssten andere Lösungen her. Expressbuslinien zum Beispiel. Die S-Bahn müsse ertüchtigt werden. Dazu gehörten längere Züge und eine Digitalisierung der Stellwerke, damit ein Drei-Minuten-Takt möglich wird. „Nicht zu vergessen: Wir brauchen ein vereinfachtes, gerechteres und sozialeres Tarifsystem mit günstigeren Preisen und Jobtickets.“

Der Einsatz für bessere Mobilität im Hamburger Süden ist für ihn „ein echtes DGB-Projekt. Es geht um alle Beschäftigten, aus allen Branchen.“ Der Zukunftsdialog war für ihn nur der Anfang. „Wir machen weiter“, sagt Wolfgang, „weil wir Forderungen nicht nur aufstellen, sondern auch durchsetzen wollen.“ ■

# So geht Gewerkschaft im ländlichen Raum



Wo das Siegerland allmählich in den Westerwald übergeht, liegt der Landkreis Altenkirchen. Rund 130.000 Menschen leben hier, die kleinste Ortsgemeinde zählt kaum 50, die größte Stadt, Betzdorf, auch nicht mehr als 10.000 Einwohner\*innen. Es gibt viel Handwerk, einiges an Landwirtschaft und auch eine ganze Menge Industrie, doch die meisten Betriebe sind klein oder bestenfalls mittelständisch. Klassischer ländlicher Raum eben. Ein eher schwieriges Pflaster für gewerkschaftliche Arbeit, oder?

„Schwierig – warum? Es kommt immer darauf an, was man aus der Situation macht“, sagt Nicole Platzdasch. Die 33-Jährige, die in Hamburg studiert hat, ist seit gut sieben Jahren für die IG Metall Gewerkschaftssekretärin in Betzdorf, seit einem Jahr ist sie außerdem stellvertretende DGB-Kreisvorsitzende im Landkreis. Was sie und ihre ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen hier auf die Beine stellen, beweist, dass der DGB auch im ländlichen Raum durchaus Wirkung entfalten kann.

**500** Gewerkschafter\*innen kamen ins Kulturwerk, als ein Chor einen ganzen Abend lang Arbeiterlieder sang.

Am Zukunftsdialog des DGB war sie von der Auftaktveranstaltung an mit beteiligt. „Ich habe gemerkt, dass sich etwas bei uns ändert“, sagt sie. „Da waren von den Ehrenamtlichen aus den Kreis- und Stadtverbänden über die Hauptamtlichen aus den Regionen und Bezirken bis hin zum Bundesvorsitzenden alle mit dabei und haben sich ausgetauscht. Das hatte es vorher so noch nicht gegeben.“ Viele für den Zukunftsdialog bereitgestellte Materialien zur Tarifpolitik, zu Investitionen, bezahlbarem Wohnen und anderen Themen wurden von Nicole und ihren Kolleg\*innen vor Ort in der politischen Arbeit direkt eingesetzt.

„Wir sind auf ganz vielen Themenfeldern aktiv“, beginnt Nicole ihre Aufzählung. „Wir haben Veranstaltungen zu Corona und Kurzarbeit organisiert und gegen Rassismus. Eine Veranstaltung zum öffentlichen Nahverkehr warf die Frage auf: Könnten bei uns auch E-Busse zum Einsatz kommen? Die Dörfer liegen teils weit auseinander, so viele Hügel und Täler sind zu bewältigen. Da reicht eine Batterieladung nicht sehr lange.“

Viele Buslinien im Landkreis werden nur alle zwei Stunden bedient und am Wochenende gar nicht. Das stellt die Gewerkschafter\*innen auch vor ein organisatorisches Problem. Denn vor jeder Veranstaltung müssen sie sich fragen: Wer wird kommen? „Wir haben hier viele Berufspendlerinnen und -pendler, die in NRW oder in Koblenz arbeiten. Selbst im Auto macht das schnell eine Stunde mehr an Fahrtzeit“, erläutert Nicole. „Nachmittags und abends sind viele einfach geschafft. Zwölf oder 15 Kilometer Anfahrtsweg, um sich noch in unsere ehrenamtliche Arbeit einzubringen, sind dann schon mal eine echte Schmerzgrenze.“

Statt darauf zu warten, dass die Leute zur Gewerkschaft hinkommen, macht sich die Gewerkschaft deshalb selbst auf den Weg und geht zu den Leuten. Nicole hat dem DGB zum Beispiel einen Weg in die allgemeinbildenden Schulen geebnet. „Zum Demokratie-Tag in Rheinland-Pfalz haben wir mit Schülerinnen und Schülern darüber gesprochen, was eigentlich ein Tarifvertrag ist und wie er zustande kommt“, erzählt sie. „Wir haben Veranstaltungen in Schulen mit der Sängerin und Auschwitz-Überlebenden Esther Bejerano organisiert. Zum Volkstrauertag haben wir gemeinsam mit dem Bürgermeister von Daaden eine Veranstaltung gemacht, in der wir uns mit der Zwangsarbeit im Daadetal in der NS-Zeit beschäftigt haben. Erinnerungskultur ist uns extrem wichtig. Wir müssen doch wissen, wo wir herkommen. Erst dann können wir darüber reden, wo wir hinwollen

Zwölf oder 15 Kilometer Anfahrtsweg für die ehrenamtliche Arbeit sind schon eine echte Schmerzgrenze.

Nicole Platzdasch, DGB Altenkirchen



und wie wir die Arbeit und das Leben von morgen organisieren wollen.“

Unter Federführung des DGB hat sich im Landkreis ein Netzwerk „Vielfalt und Demokratie“ zusammengetan, in dem auch Diakonie, Caritas, Jugendverbände und andere Organisationen mitwirken. Nach zwei Brandanschlägen auf das Gesundheitsamt des Kreises und das Rathaus von Altenkirchen im November und im Januar schmiedeten sie gemeinsam mit weiteren Institutionen, Organisationen und Einzelpersonen das Bündnis „Demokratie und Zusammenhalt“. „Dabei hat sich gezeigt, welches Vertrauen uns als DGB über die politischen Lager hinweg entgegengebracht wird“, sagt Nicole. „Gemeinsam stellen wir uns gegen Hass und Hetze.“

Ein wichtiger Ort für den DGB im Landkreis ist das Kulturwerk in Wissen. Bis in die 1990er Jahre hinein stand hier das größte Walzwerk Europas. Übrig geblieben ist nur noch die frühere Ausbildungshalle. Zu seiner 1.-Mai-Kundgebung lädt der DGB hier alljährlich prominente Gäste zu Diskussionsrunden ein: eine Soziologieprofessorin, einen Volkswirt, einen Pfarrer. 2018 sang

ein großer Chor vor einem fünfhundertköpfigen Publikum den ganzen Abend lang Arbeiterlieder, und viele im Saal sangen begeistert mit. „Es war ein riesiger Spaß, in dieser Halle, die für die Industriekultur von Rheinland-Pfalz steht, an die Traditionen der Arbeiter\*innenbewegung zu erinnern“, sagt Nicole.

Der DGB-Kreisverband Altenkirchen ist nicht groß, kontinuierlich sind hier sieben Kolleginnen und Kollegen ehrenamtlich aktiv. Da bleibt viel Arbeit an wenigen Menschen hängen. Nicole zum Beispiel ist auch noch im Schulausschuss einer berufsausbildenden Schule aktiv, sie ist ehrenamtliche Richter\*in am Arbeitsgericht und Selbstverwalterin in der Arbeitsagentur. „Wir beziehen aber auch die Nachrücker\*innen und andere Gewerkschafter\*innen mit ein. Mit ihnen und mit den Einzelgewerkschaften können wir in die Betriebe im Kreis hineinwirken“, sagt sie. Und trotzdem: Ist ein Landkreis wie Altenkirchen nicht doch ein eher schwieriges Pflaster für gewerkschaftliche Arbeit? Nicole schüttelt den Kopf. „Es kommt auf die Menschen an. Wenn man wirklich will, dann geht auch was.“ ■

# Vergabemindestlohn – in der Kommune wie im Land



Vor einem Jahr fasste der Stadtrat von Jena einen Beschluss: Aufträge der Stadt dürfen hier nur noch an Unternehmen erteilt werden, die ihren Beschäftigten nicht weniger als einen bestimmten Mindestbetrag pro Stunde zahlen, entschieden die Volksvertreter\*innen. Dieser Betrag orientiert sich an den Tarifverträgen der verschiedenen Branchen, wird jährlich neu berechnet und gilt auch dann, wenn der jeweilige Betrieb selbst gar keinen Tarifvertrag unterschrieben hat. Aktuell sind es 11,96 Euro, „vergabespezifischer Mindestlohn“ nennt sich die Sache im Verwaltungsdeutsch, und angeschoben hat es der DGB im Rahmen seines Zukunftsdialog-Schwerpunkts Tarifbindung. Und er ist stolz darauf.

**Wir müssen endlich aufhören,  
mit Steuergeld schlechte Arbeits-  
bedingungen zu finanzieren.**

Julia Langhammer, DGB Hessen-Thüringen

„Auf Landesebene gilt bei uns in Thüringen schon seit 2019 ein vergabespezifischer Mindestlohn. Davon ausgenommen sind nur Bereiche wie das Bauwesen, für die andere, bundesweite Standards gelten. Die Beschäftigten in anderen Branchen, wie zum Beispiel bei Postdienstleistungen, kommen dagegen in den Genuss des neuen Gesetzes“, erläutert Renate Licht, DGB-Regiongeschäftsführerin für Thüringen. „Der Haken daran ist aber: Das Land erteilt nur ein Drittel aller öffentlichen Aufträge. Den deutlich größeren Teil vergeben die Kommunen. Und die sind daran nicht gebunden.“

Deshalb habe der DGB vor zwei Jahren alle größeren Städte im Land angeschrieben. „Wir haben darauf hingewiesen, dass der vergabespezifische Mindestlohn freiwillig von den Kommunen übernommen werden

kann“, erzählt sie. Freundliche oder zumindest sachliche Gespräche gab es daraufhin fast überall. Umgesetzt wurde die Idee allerdings bisher nur in Jena, wo der DGB im engen Kontakt mit den Fraktionen im Stadtrat den gesamten Prozess begleitete und vorantrieb. Und auch hier musste der Erfolg hart erkämpft werden.

„Auch als schon klar war: Es wird eine Mehrheit von Linken, Grünen und SPD im Stadtrat geben, waren noch erhebliche Widerstände zu überwinden. Auch der Oberbürgermeister war dagegen“, erinnert sich Julia Langhammer, die in der DGB-Bezirksverwaltung Hessen-Thüringen für Wirtschaftspolitik und Öffentlichen Dienst zuständig ist und selbst jahrelang in Jena im Stadtparlament saß. „Vertreter\*innen aus der lokalen Wirtschaft malten regelrechte Schreckensszenarien an die Wand: Niemand würde sich mehr um Aufträge bewerben, und die Unternehmen würden alle pleitegehen. Natürlich ist nichts davon eingetreten.“

Wer profitiert in Jena vom vergabespezifischen Mindestlohn? „Die Beschäftigten in den Großküchen zum Beispiel, die für die städtischen Kitas und Schulen kochen“, zählt Julia auf. „Die Leute, die im Winter vor den Schulen den Schnee wegschippen. Lokale Postdienstleister, die für die Kommune arbeiten. Servicemitarbeiter\*innen, die auf Veranstaltungen der Stadt Getränke und Häppchen servieren. Und zwar auch dann, wenn sie den Job nur als Aushilfe machen.“

11,96 Euro sind nicht viel, doch für viele sind gut zwei Euro mehr als der aktuelle bundesweite Mindestlohn eine Menge Geld. „Jena ist die Stadt mit dem höchsten Durchschnittseinkommen in Thüringen. Bei diesem Durchschnitt werden aber alle, die nicht Vollzeit arbeiten, nicht berücksichtigt“, sagt Julia. „Unter den Hartz-IV-Empfänger\*innen in Jena zum Beispiel ist die Mehrheit berufstätig, verdient aber nicht genug, um



davon leben zu können. Deshalb brauchen wir gerade in einer solchen Hochlohnregion wie Jena mit hohen Mieten und hohen Lebenshaltungskosten unbedingt diesen vergabespezifischen Mindestlohn.“

Die Mehrheitsfraktionen im Stadtrat wissen den Einsatz des DGB zu würdigen. „In vielen Detailfragen verfügt der DGB über noch ganz andere Kenntnisse als wir, er ist noch ganz anders vernetzt“, sagt Lena Saniye Güngör, Fraktionsvorsitzende der Linken im Jenaer Rathaus und zugleich arbeitsmarkt- und gewerkschaftspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Thüringer Landtag. „Wir bauen darauf, dass uns der DGB immer wieder erinnern wird: Wie weit seid ihr mit der Umsetzung des Vergabebeschlusses? Was muss noch passieren, damit wirklich alle Beschäftigten in Jena etwas davon haben?“

# 11,96

Euro beträgt der vergabespezifische Mindestlohn in Jena.

Heiko Knopf, der für die Grünen im Stadtrat sitzt und im Januar auch zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden seiner Partei gewählt wurde, ist ebenfalls des Lobes voll. „Der DGB war für uns ein ganz wichtiger Antrieb und Anker“, sagt er. „In der Auseinandersetzung um die Vergaberichtlinie gab es ja nicht nur Unterstützung. Es kam auch auf den außerparlamentarischen Raum an, und da war der DGB eine entscheidende Stimme.“ Für die kommenden Jahre wünscht sich Knopf, dass der DGB eine noch bessere Vernetzung aller Akteur\*innen ermöglicht, etwa mit Best-Practice-Beispielen aus unterschiedlichen Kommunen.

Der Thüringer DGB fasst unterdessen neue Ziele ins Auge. „Was bei uns in Jena gilt, muss für alle Aufträge gelten, die in Thüringen von der öffentlichen Hand vergeben werden“, sagt Julia. „Wir müssen endlich damit aufhören, mit dem Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler Dumping-Unternehmen und schlechte Arbeitsbedingungen zu finanzieren. Die Beschäftigten haben Besseres verdient.“

„Wo noch nicht gute Arbeit mit Tarifverträgen und Betriebsräten abgesichert ist, müsse der vergabespezifische Mindestlohn das Mindeste sein“, ergänzt Renate. Darüber habe der DGB in der Region in den vergangenen Monaten mit allen Stadt- und Kreisverbänden geredet. „Die Ausweitung des vergabespezifischen Mindestlohnes auf noch viel mehr Kommunen ist einer der Schwerpunkte unserer Arbeit in nächster Zeit. Leicht wird es nicht. Aber ich gehe davon aus, dass es uns gelingen kann.“ ■



Renate Licht (l.) und Julia Langhammer



# Mehr Bildungsgerechtigkeit im Pisa-Gewinnerland



DRESDEN

Dresden-Gorbitz hat alles, was Familien mit Kindern im Alltag brauchen. Das größte Plattenbaugebiet der sächsischen Landeshauptstadt verfügt über zehn Kitas, zwei Grundschulen, eine Oberschule und ein Gymnasium. Es gibt drei Kinder- und Jugendhäuser, Sportflächen und ein modernes Freizeitbad. Die meisten Wohnblöcke sind saniert, zwischen ihnen gibt es eine Menge Grünflächen. Drei Straßenbahnlinien bieten eine schnelle Verbindung in die Innenstadt. „Gorbitz ist eigentlich ein guter Platz zum Leben“, sagt André Schnabel, Geschäftsführer der DGB-Region Dresden – Oberes Elbtal. Wo also liegt das Problem?



Juri Haas (l.) und André Schnabel

Das Problem liegt darin, dass die soziale Mischung in Gorbitz verloren geht. „Früher wohnten hier die Ärztin und der Ingenieur Wand an Wand mit der Kindergärtnerin und dem Facharbeiter“, erzählt André. „In den letzten Jahren beobachten wir, dass viele Besserverdienende wegziehen. Der Anteil von Arbeitslosen in Gorbitz ist heute doppelt so hoch wie im Durchschnitt der Stadt, die Zahl von Familien, die von Hartz IV leben, drei- bis viermal so hoch. Die Folgen davon spüren wir an vielen Orten, aber ganz besonders in den Schulen.“

Bildungschancen und Bildungsgerechtigkeit – das ist das Thema, das die Gewerkschaften in Dresden im DGB-Zukunftsdialog zu ihrem Schwerpunkt gemacht haben. Weil sie spüren, dass etwas nicht stimmt, wenn nicht nur in Gorbitz immer mehr Eltern, die viel Wert auf gute Bildung legen, ihre Kinder anderswohin zum Unterricht schicken. Und weil sie einfach nicht akzeptieren können, „dass der Wohnort und die soziale Herkunft darüber entscheiden, was aus einem Kind einmal wird und ob es sein Potenzial ausschöpfen kann oder nicht“, wie es André zusammenfasst.

Internationale Studien weisen nach, dass in kaum einem anderen Industrieland die Bildungschancen so ungleich verteilt sind wie in Deutschland. Juri Haas, der an einer Grundschule in Gorbitz unterrichtet und sich ehrenamtlich in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) engagiert, liefert Zahlen: „Bis zu 25 Prozent der Jugendlichen in Gorbitz verlassen die Schule ohne einen Abschluss. Der sonderpädagogische Förderbedarf ist bis zu zehnmal größer als im Rest der Stadt. Während in Dresden insgesamt rund 60 Prozent der Grundschulkinder eine Gymnasialempfehlung bekommen, in manchen wohlhabenden Stadtvierteln sogar 80 Prozent, sind es hier in Gorbitz nur etwa 30 Prozent.“ Alle diese Angaben stammten aus dem aktuellen Bildungsbericht der Stadt, und sie seien allen Verantwortlichen seit

Wir können nicht akzeptieren, dass Wohnort und soziale Herkunft darüber entscheiden, was aus einem Kind einmal wird.

André Schnabel, DGB Dresden – Oberes Elbtal

geraumer Zeit bekannt. „Nur passiert ist nichts. Viertel wie Gorbitz kamen nicht vor, wenn das Pisa-Sieger-Land Sachsen über Bildung debattierte.“

Bis der DGB aktiv wurde. 2019 lud er erstmals im Rahmen des Zukunftsdialogs zu einer Diskussion ins Dresdner Volkshaus ein. „Wir haben verschiedenste Akteure zusammengebracht und gemeinsam überlegt, was wir vernetzt miteinander anpacken müssen“, sagt André. Der Dresdner Bildungsbürgermeister, der für die Bildung in der Stadt zuständig ist, kam. Auch Vertreter\*innen aus Schulen, Sozialarbeit und der Industrie- und Handelskammer hatte der DGB eingeladen.

Für die Gewerkschaften saß Juri Haas mit auf dem Podium. Er schilderte, dass er und seine Kolleg\*innen in Gorbitz sehr viel mehr Zeit brauchen, um die Kinder und Jugendlichen sozial zu begleiten und zu unterstützen. Auch den grassierenden Personalmangel brachte er zur Sprache. „Lehrkräfte, die jetzt anfangen, können sich aussuchen, wo sie arbeiten wollen. Und viele gehen nicht an Schulen, wo sie von vornherein wissen, dass sie eine höhere Arbeitsbelastung erwartet“, sagt er. „Es sind also immer weniger Lehrkräfte da, um sich mit den Problemen zu beschäftigen. Die Überlastung wächst, die Ausfallzeiten steigen weiter, die Probleme werden noch größer. Ein Teufelskreis.“

Und wie kann man diesen Teufelskreis durchbrechen? „Die Ansage aus der sächsischen Bildungsverwaltung war immer: Alle Schulen haben die gleichen Probleme, also bekommen auch alle die gleichen Ressourcen zugeteilt. Schulförderung wie mit der Gießkanne. Aber das funktioniert nicht. Schulen mit besonderen Problemen müssen auch besonders unterstützt werden, zum Beispiel, wenn für besonders viele Kinder Deutsch nicht die Familiensprache ist“, fordert Juri. „Ungleiches muss auch ungleich behandelt werden!“

Vom großen Echo, das der Zukunftsdialog in der Stadt hervorrief, seien sie selbst überrascht gewesen, gestehen André und Juri. Als der DGB zu Beginn des aktuellen Schuljahres wieder ins Volkshaus einlud, war der Große Saal so voll, wie er unter Corona-Bedingungen nur sein durfte: Mehr als 80 Personen kamen – doppelt so viele wie erwartet.

Die vom DGB angestoßene Debatte zeigt Wirkung. „Wir bekommen Rückmeldungen aus den Lehrerzimmern, dass Klassen kleiner bleiben und eben nicht auf das erlaubte Maximum von 28 Schülern aufgestockt werden“, berichtet André. „Wir hören von Schulen, die – unaufgefordert! – Klettergerüste für den Pausenhof angeboten bekommen. Es gibt plötzlich mehr Geld für die digitale Ausstattung. Zumindest zum Schuljahresanfang waren an Schulen, die bekanntermaßen größere Probleme haben, tatsächlich erstmals wieder alle Lehrerstellen besetzt. Unsere Botschaft ist endlich angekommen.“

An einem „Runden Tisch Bildungsgerechtigkeit“ will der DGB in Dresden nun mit Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung und Menschen aus der Praxis die Debatte fortführen und vertiefen. Um den konkreten Bedarf von Schulen zu ermitteln, soll ein Sozialindex her, wie er in anderen Bundesländern längst üblich ist. „Der Zukunftsdialog“, sagt André, „ist für uns genau die passende Plattform, auf der wir das Thema der Bildungsgerechtigkeit gut verhandeln können. Weil wir hier nicht nur reden, sondern dazu beitragen, dass sich die Dinge wirklich ändern.“ ■

# 30

Prozent der Kinder in Gorbitz bekommen eine Gymnasialempfehlung. Anderswo in der Stadt sind es 60 bis 80 Prozent.

# 50 IDEEN AUS 5000

„Die ungerechte Einkommens- und Vermögensverteilung seit Jahrzehnten – der DGB muss auch gesamtgesellschaftlich stärker engagiert sein.“ ••• „44 Arbeitsjahre und 720 Euro Rente.“ ••• „Die Menschen sollen ohne Zukunftsängste in sozialer Sicherheit und mit der Möglichkeit der gesellschaftlichen Teilhabe leben können.“ ••• „Respektvoller Umgang untereinander und Respekt vor der Arbeit und Tätigkeit der anderen.“ ••• „Wer Vollzeit arbeitet, darf nicht aufstocken müssen.“ ••• „Ökologische Nachhaltigkeit: Die Gewerkschaften müssen eine zukunftsfähige Erzählung über eine nachhaltige und global verallgemeinerbare Produktions- und Lebensweise entwickeln.“ ••• „Herkunft und Bildungsbiografie der Eltern sollen nicht die Chancen von Kindern und Jugendlichen beeinflussen.“ ••• „Berufliche Eingliederung von Menschen mit krummer Schullaufbahn.“ ••• „Beim bedingungslosen Grundeinkommen muss das Recht auf Arbeit immer mitgedacht werden.“ ••• „Gleiche Arbeit muss gleich bezahlt werden, egal ob Ost und West, Mann oder Frau!“ ••• „Wohnen ist Menschenrecht.“ ••• „Wieso wir in Deutschland bei den Reformen immer nur Symptome verändern und nicht die Ursachen, bleibt ein Geheimnis.“ ••• „Was ist mit den Renten der Jugend von heute? Wer spricht über unsere Zukunft?“ ••• „[W]ie müssen Arbeitnehmer\*innenvertretungen aufgestellt sein, um die gesellschaftliche Transformation gemeinsam mit den Arbeitnehmer\*innen sozial und zukunftsorientiert zu gestalten?“ ••• „Lasst uns eine Wirtschaftsform erfinden, die ohne Wachstumszwang auskommt, zum Wohl aller Menschen und der Umwelt.“ ••• „Solidarität muss über Betriebs-, Branchen- und Landesgrenzen hinausgehen! International und über Kernbelegschaften hinaus!“ ••• „Der Pflegeberuf braucht mehr Wertschätzung, Unterstützung und bessere Bezahlung!“ ••• „Wir müssen die neuen Technologien für das Gemeinwohl nutzen!“ ••• „Kein Schielen auf die nächsten Wahlen, sondern auf die Zukunft der Welt.“ ••• „Die sozial Schwachen dürfen bei den ‚Fridays for Future‘ nicht auf der Strecke bleiben!“ ••• „Fast jeder hat die Möglichkeit, sich in einem bestimmten Rahmen einzusetzen. Wo die Politik nicht handelt, sollte selbst die Initiative ergriffen werden.“ ••• „Mehr Wertschätzung und Offenheit gegenüber Teilzeitmodellen, z. B. Jobsharing.“ ••• „Wir müssen wieder mehr streiten! Aber mit Regeln und Respekt.“ ••• „Gewerkschaftliches Engagement in der Zukunft! Die jungen Generationen mehr mobilisieren, sich in der Gesellschaft

einzusetzen.“ ••• „Mehrgenerationenhaus: Die Gemeinschaft unter ein Dach bringen (Jugendclub, Erzählcafé, Kochkurse, Bewegungsraum, Kultur, Bildung, etc. pp).“ ••• „Selbstbestimmung: Von Schwangerschaftsabbruch bis aktive Sterbehilfe, Wohnform oder einfach Sexualität und Meinungsfreiheit.“ ••• „Ein echtes und beidseitiges Miteinander von Einheimischen und Migrant\*innen.“ ••• „Schule als Bottom-up-Projekt mit tatsächlichen Möglichkeiten zur Mitbestimmung könnte Schüler\*innen zeigen, wie Politik, Diskussionen, Demokratie, Lösungsfindung und Zusammenarbeit funktionieren.“ ••• „Mehr politische + gewerkschaftliche Sensibilisierung junger Menschen (Schulen, Betriebe ...).“ ••• „Der ländliche Raum bietet Chancen, das muss gestärkt werden. Nachbarschaft, große Wohnungen, bezahlbare Mieten!“ ••• „ÖPNV: Fahrkartenlos, flächendeckend, eng getaktet Tag und Nacht. In öffentlicher Hand, tarifgebunden, klimaneutral.“ ••• „Es fehlt in jeder Hinsicht an Ausstattung in den Schulen. Computerräume sind veraltet, Sanitäreinrichtungen veraltet, Grünanlagen ungepflegt.“ ••• „Als Patient hat man oft das Gefühl, ... die Schwester war doch gestern am Morgen schon da. Wieso ist sie heute Abend immer noch im Dienst?“ ••• „Unser System krankt an der Vorstellung, dass Akademiker höhergestellt seien als andere. Mehr Prestige, mehr Geld. Der gute Bäcker, der fähige Elektriker, der fürsorgliche Krankenpfleger – diese Personen sollten wir mehr fördern und wertschätzen.“ ••• „Eine Gesellschaft kann nur im gemeinsamen Miteinander statt einem Nebeneinander gut leben, gesund und tragfähig sein.“ ••• „Arbeit muss sich lohnen.“ ••• „Die Arbeitszeiten sind in den meisten Berufen zu lang. Ein erster Schritt ist die Einführung der 35-Stunden-Woche verbindlich für alle und Abschaffung starrer Anwesenheit. Die Kernzeit ist in vielen Berufen zu lang und zu unflexibel.“ ••• „Es bedurfte nicht eines Corona-Virus, um festzustellen, dass es viel zu oft viel zu schlecht bezahlte Menschen sind, die unsere Gesellschaft zusammenhalten.“ ••• „Gerade in dieser Krise liegt die Chance für einen Wandel!“ ••• „Nach der Corona-Krise gibt es in den meisten Berufen keine Ausreden mehr, ob Homeoffice möglich ist. Die Frage ist dann nur noch das Wie.“ ••• „Wir sitzen vielleicht alle im gleichen Boot, aber manche profitieren dennoch davon, ein Loch reinzusägen.“ ••• „Wir brauchen eine Entschleunigung – weil es kein weiter, höher, schneller mehr gibt. Irgendwann ist Schluss. Menschen sind keine Maschinen und die KI sollte dem Menschen und dem Gemeinwohl dienen. Warum gelingt es nicht, alle Menschen zu ernähren? Ich kann nicht verstehen, wie man da Lebensmittelüberproduktion und Wegwerfmentalität verantworten kann.“ ••• „Eine Revolution der Nachhaltigkeit und Mäßigung durch kürzere Arbeitszeiten, um Klima und Umwelt zu retten. Denn Wachstum ist nicht die Lösung, sondern das Problem.“ ••• „Kurze Vollzeit für alle!“ ••• „Ich denke nicht, dass Elektroautos die alleinige Lösung sind. Eher muss es eine Vielzahl an verschiedenen umweltfreundlichen Fortbewegungsmitteln geben.“ ••• „Zukunft... kommt von allein... Für Fortschritt muss man etwas tun! Also packt mit an!“ ••• „Weniger Bürokratie und bessere Bezahlung wäre auch nicht schlecht.“ ••• „Gerechtigkeit: Tarifverträge müssen grundsätzlich allgemeinverbindlich sein! Durch Gesetz!“ ••• „Chancengleichheit fördern, um die immer stärkere Teilung unserer Gesellschaft umzukehren.“ ••• „Ich glaube, jeder Mensch in Deutschland hätte lieber einen Tarifvertrag, als der Willkür von Arbeitgebern ausgesetzt zu sein.“

# Keine Miete für die Profite



Mitten auf dem Pflaster der Göttinger Fußgängerzone richtete sich der DGB-Kreisverband an einem Sonnabend im April 2019 für ein paar Stunden häuslich ein. Ein mit Druckluft aufgeblasenes graues Sofa, zwei Sessel gleicher Bauart, eine auf Sperrholz aufgemalte Stehlampe sowie ein ebenfalls nur aufgemalter Vogelkäfig – fertig war das mobile Wohnzimmer. Überraschte Passant\*innen blieben stehen, sie kamen mit den Gewerkschafter\*innen ins Gespräch, viele nahmen selbst auf den luftigen Möbeln Platz. Den Sinn der Aktion musste man kaum jemandem erklären. Denn die Losung auf dem Banner, das der DGB hinter der Sitzgruppe aufgespannt hatte, verstand wohl jeder: „Bezahlbar ist die halbe Miete.“

„Als der DGB vor drei Jahren fragte: Wie wollen wir arbeiten? Wie wollen wir leben? – da war für uns schnell klar, wo unser Schwerpunkt im Zukunftsdialog liegen würde: Bei den immer schneller steigenden Mieten“, erzählt Sabine Ludewig, Mitglied im DGB-Kreisverband. „Mit unserer Aktion wollten wir erfahren, wo genau die Leute der Schuh drückt und wie wir als Gewerkschaften ihnen beistehen können. Das kam gut an. Die Leute schilderten uns, wie hoch ihre Mieten mittlerweile sind, sie berichteten uns von fehlerhaften Nebenkostenabrechnungen und davon, was mit der nächsten Modernisierung auf sie zukommt.“ Bezahlbares Wohnen, das zeigten die Diskussionen an diesem Tag, ist die zentrale soziale Frage in der Stadt.

**Bezahlbar ist die halbe Miete. Wohnen ist schließlich ein Menschenrecht!**

Sabine Ludewig, DGB Göttingen



Verlässliche Angaben, wie teuer Wohnraum in Göttingen heute ist, gibt es derzeit nicht. Seit Jahren schon drückt sich die Stadt davor, einen offiziellen Mietenspiegel zu erstellen. Berechnungen eines gewöhnlich gut informierten Internetportals ergaben jedoch, dass sich der durchschnittliche Quadratmeterpreis bei Angebotsmieten seit 2012 von rund 7,50 auf knapp 10,50 Euro erhöht hat. Zum Vergleich: In niedersächsischen Landesdurchschnitt müssen etwa acht Euro pro Quadratmeter gezahlt werden. „Wenn die Entwicklung so weitergeht“, fasst Sabine die Lage zusammen, „dann wird Wohnen in Göttingen zum Luxus.“

Damit will der DGB sich nicht abfinden. Aus der Aktion 2019 in der Fußgängerzone ist das Bündnis „Gutes Wohnen für Alle“ entstanden. Gewerkschaften und Mieter\*inneninitiativen, soziale Projekte, Sozialverbände, der Mieterbund, Wissenschaftler\*innen und politische Gruppen teilen dort ihr Wissen, stimmen sich untereinander ab und ziehen immer wieder gemeinsam auf die Baustellen und vors Rathaus. Der DGB steuert seine Fachkompetenzen bei und vor allem seine Erfahrungen, wie man die Arbeit in einem Bündnis ganz praktisch organisiert, verschiedene Akteure miteinander vernetzt und seine Konzepte in die Öffentlichkeit hineinträgt.



Zur Kommunalwahl im Frühjahr 2021 schrieb das Bündnis alle demokratischen Parteien an und listete seine Forderungen auf: Bewahrung von städtischem Grund in städtischem Eigentum. Umfangreicher sozialer Wohnungsneubau. Mietenstopp. Keine Modernisierungen nur für die Dividende privater Großinvestoren. Statt Privatisierung von Wohnungsbeständen konsequente Rekommunalisierung. „Keine Miete für Profite! Der freie Markt ist keine Lösung!“, erklärten Sabine und ihre Mitsstreiter\*innen.

Das mochten durchaus nicht alle Parteien unterschreiben. Doch zumindest einige Punkte aus dem Forderungskatalog fanden sich später in den Wahlprogrammen wieder. „Wir verfolgen jetzt aufmerksam, was die Parteien tun, und wir haken nach“, sagt Sabine. „Wir lassen nicht locker, bis die Versprechungen auch umgesetzt werden.“

Ein Stadtteil von Göttingen, in dem sich die Auseinandersetzung um bezahlbaren Wohnraum besonders zuspitzt, ist Grone. Hier hatte das Immobilienunternehmen Adler Real Estate 2019 mit einer großangelegten Modernisierung seiner Wohnblöcke begonnen: Neue Fenster, neue Dämmung, neue Balkone – das komplette Programm eben. Bei einem Ortstermin zweieinhalb Jahre später sind noch immer abgedeckte Dächer zu sehen, die nur notdürftig mit Planen überspannt wurden. „Regenwasser ist in Häuser und Wohnungen gelaufen,

wir haben Fälle von Schimmelbildung an den Wänden“, berichtet Hendrik Falkenberg, der im Ortsrat von Grone sitzt und von Beginn an im Bündnis „Gutes Wohnen für Alle“ mitarbeitet. Adler hat inzwischen wegen Zahlungsschwierigkeiten die Wohnungen weiterverkauft. Ein Abschluss der Arbeiten ist auch unter dem neuen Eigentümer LEG Immobilien nicht in Sicht.

„Die ganze Modernisierung hat nichts mit den Bedürfnissen der Bewohnerinnen und Bewohner dieser Wohnungen zu tun. Sie soll lediglich als Begründung für eine Mietsteigerung herhalten“, sagt Hendrik. Bislang liege die Grundmiete pro Quadratmeter hier noch bei günstigen 5,50 Euro. Nach der Sanierung sollen es 7,50 Euro sein. „Zwei Euro mehr pro Quadratmeter, das sind 36 Prozent Mieterhöhung. Damit wird bezahlbarer Wohnraum zerstört. Viele Mieterinnen und Mieter haben berechnete Angst, dass sie aus ihrem angestammten Quartier verdrängt werden.“

Es geht auch anders, auch in Göttingen. „Nur drei Straßen von hier, im Elmweg, beweist die Volkshausstätte als Genossenschaft, dass Wohnungsbewirtschaftung vernünftig funktionieren kann“, betont Hendrik. „Oder nehmen wir den Leineberg. Dort hat die Städtische Wohnungsbau GmbH umfänglich saniert, auch dort gab es eine Mieterhöhung, aber sie fiel moderat aus.“

Der DGB-Kreisverband und seine Partner fühlen sich durch solche Beispiele bestärkt in ihrer Forderung, dass die Wohnungswirtschaft in kommunale Hand gehört. Ihr Bündnis „Gutes Wohnen für Alle“ verstehen sie als ein echtes Zukunftsprojekt. „Wir alle wollen uns dort, wo wir wohnen, auch wohlfühlen können – ohne Angst vor der nächsten Mieterhöhung. Lohnsteigerungen dürfen nicht von steigenden Mieten aufgeessen werden. Dafür kämpfen wir“, sagt Sabine. „Wohnen ist schließlich ein Menschenrecht.“ ■

# 10,50

Euro pro Quadratmeter sind bei Neuvermietung in Göttingen aktuell als durchschnittliche Angebotsmiete fällig.

# Kommunalpolitik beim Wort genommen



Kurz nach der Kommunalwahl Ende Oktober 2020 erhalten mehrere SPD- und Grünenpolitiker\*innen im Kreis Lippe im Nordosten von Nordrhein-Westfalen Post vom DGB-Kreisverband. Die Gewerkschafter\*innen freuen sich über die sich abzeichnende Koalition zwischen beiden Parteien, heißt es da. Gleichzeitig wolle man aber auf die bekannten Forderungen des DGB hinweisen und auf die Zusagen, die die Spitzenkandidat\*innen vor der Wahl gegeben hätten. Zur Erinnerung listet Unterzeichnerin Edeltraud Nülle noch einmal sorgfältig die wichtigsten Punkte auf, um die es jetzt geht. Um Tariflohn für alle, die direkt oder indirekt für den Kreis arbeiten, und Tarifbindung bei öffentlichen Auftragsvergaben zum Beispiel.

Ignorieren können die Adressat\*innen den Brief nicht, denn er hat eine längere Vorgeschichte. Einige Monate zuvor hatte der DGB-Kreisverband im Rahmen des DGB-Zukunftsdialogs zu einer Veranstaltung mit Bürger\*innen eingeladen. „Unsere Frage war: Wie wollen wir 2025 im Kreis Lippe leben? In fünf Workshops mit 60 Teilnehmer\*innen haben wir intensiv diskutiert und auf dieser Grundlage unsere Forderungen an alle Parteien zur Kommunalwahl entwickelt“, beschreibt Edeltraud, die hier alle nur „Edi“ nennen, den Prozess. „Wir haben uns immer wieder gefragt: Ist das machbar? Ist das Bundes- oder Ländersache, oder kann das wirklich der Kreis entscheiden?“ Dieses Vorgehen war neu, ebenso wie die Kooperation mit den Bürger\*innen, sagt Edi, die seit 2017 gemeinsam mit ihrem Kollegen Jörg Pielemeier ehrenamtlich den DGB-Kreisvorstand führt. Durch sie saß zudem gleich eine Expertin mit am Tisch: Die Personalrätin arbeitet beim Bau- und Planungsamt der Stadt Lage, die zum Kreis Lippe gehört.

An gewerkschaftlichen „Baustellen“ herrscht in der Region kein Mangel. Bei der Versorgung mit Ausbildungsplätzen landet der Kreis auf einem der hinteren Plätze – auf 84 Angebote kommen 100 Bewerber\*innen. Oder der

soziale Arbeitsmarkt: In seinem Zukunftsprogramm „Lippe 2025“ hat der Kreis angekündigt, er werde ungefähr 1.000 Stellen einrichten, um speziell für Langzeitarbeitslose eine Perspektive zu schaffen. Das Geld vom Bund reicht über das Teilhabechancengesetz allerdings nur für rund 350 Personen. Die Gewerkschaften fordern, dass nicht nur ein größeres Angebot geschaffen wird, sondern auch eines mit sozialem Mehrwert für die Region. Repair-Cafés zum Beispiel seien wichtig.

Von den Politiker\*innen sei früher oft nur „Blabla“ gekommen, wenn der DGB seine Wünsche äußerte, berichtet Edi. Diesmal aber seien die Forderungen so konkret gewesen, dass an konkreten Antworten kein Weg mehr vorbeiführte. Alle Kandidat\*innen reagierten auf das Schreiben, und wer von ihnen was versprach, war nun nachzulesen in einer Synopse, die der DGB im Internet veröffentlichte. „Wir haben damit signalisiert: Wir prüfen das nach. Wir werden euch nach der Wahl daran messen!“

# 84

Lehrstellen kommen im Kreis Lippe auf je 100 Bewerber\*innen.

Das neue Vorgehen zahlt sich aus. SPD und Grüne haben in ihren Koalitionsvertrag tatsächlich eine Reihe von DGB-Forderungen aufgenommen. Das Sozialwarenhäuser hat in der Innenstadt von Detmold einen dritten Standort bekommen, und es ist geplant, auch jene Repair-Cafés zu schaffen, die – wie vom DGB-Kreisverband gefordert – sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze mit Mehrwert bieten. Im Koalitionsvertrag verankert sind auch mehr schulische Ausbildungsstellen für Erzieher\*innen. Der ebenfalls von den Gewerkschaften geforderte Ausbildungsgipfel lässt dagegen noch auf sich warten. „Da bleiben wir dran“, versichert Edi.

Amazon hat nur prekäre  
Arbeit zu bieten.  
Dagegen wehren wir uns!

Edi Nülle, DGB Lippe



Einen besonders schweren Kampf führt der DGB Lippe auf dem Beller Feld, eine halbe Autostunde südöstlich von Detmold. Auf einem Gewerbegebiet, das der Stadt Horn – Bad Meinberg gehört, plant der Logistikkonzern Amazon eine Packstation im XXL-Format: 320 Meter lang und bis zu 30 Meter hoch soll das Gebäude werden, hinzu kommen An- und Abfahrtswege, Abstell- und Rangierflächen für die Lkw. „21 Hektar bestes Ackerland würden dadurch verloren gehen“, empört sich Edi. „Riesige Flächen würden versiegelt, und bei Regen würde die Hochwassergefahr in den benachbarten Dörfern noch weiter steigen. Schon aus Umweltgründen kann das doch niemand ernstlich in Erwägung ziehen!“

Als Gewerkschafterin sieht Edi aber noch ganz andere Gründe, die gegen Amazon sprechen. „Die Stadt Horn erklärt, sie brauche die Arbeitsplätze. Doch das ist ein Trugschluss“, sagt sie. „Wir wissen von anderen Standorten, was für miserable Arbeitsbedingungen bei Amazon herrschen. Wir wissen, was für schlechte Löhne das Unternehmen zahlt. Wir wissen auch, wie aggressiv Amazon gegen Gewerkschaften vorgeht und die Gründung von Betriebsräten und jede Mitbestimmung zu verhindern

versucht. Als Gewerkschaften kämpfen wir für gute Arbeit. Amazon hat nur prekäre Arbeit zu bieten. Dagegen wehren wir uns!“

Gemeinsam mit der „Aktionsgruppe Beller Feld“ und örtlichen Umweltverbänden wehren sich die Gewerkschafter\*innen gegen die drohende Verschandelung der Lippischen Landschaft, die Umweltzerstörung und den Ausverkauf von wertvollen öffentlich geförderten Gewerbeflächen. „Wir streiten für die Ansiedlung regionaler klein- und mittelständiger Unternehmen und damit für tarifgebundene, mitbestimmungspflichtige, sozial abgesicherte und gute Arbeitsplätze in der Region“, sagt Edi.

So hat der Kreisverband im Zukunftsdialog neue Partner gefunden, die auf die beiden Fragen: „Wie wollen wir arbeiten? Wie wollen wir leben?“, ganz ähnliche Antworten geben wie der DGB. Was aber passiert, wenn Amazon doch auf dem Beller Feld einzieht? Edis Stimme klingt gelassen, aber sehr entschlossen: „Dann werden wir da sein und Seite an Seite mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern für gute Arbeitsbedingungen kämpfen.“ ■

# Bezahlbare Wohnheimplätze dank Azubiwerk

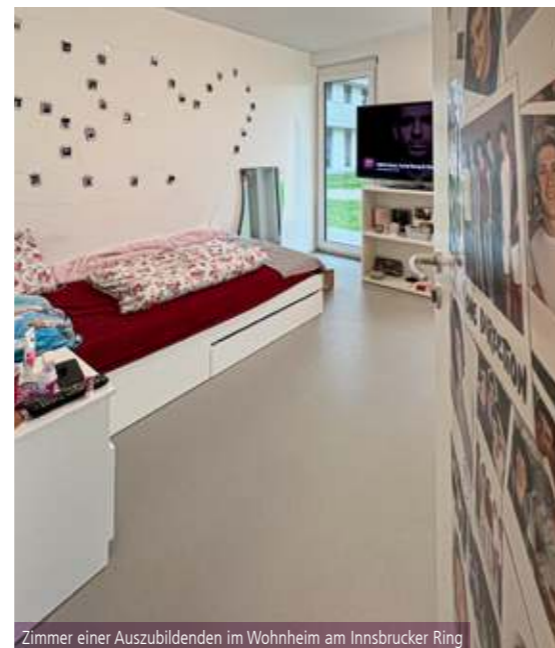


München ist, wie so ziemlich jeder weiß, die teuerste Stadt in ganz Deutschland. Wer hier ein neues Dach über dem Kopf finden wollte, musste sich 2021 im Durchschnitt auf eine Miete von 17,32 Euro pro Quadratmeter einlassen, zeigen Statistiken. „Wen trifft das am härtesten? Natürlich die, die am wenigsten verdienen. Und dazu gehören nun mal die Azubis“, sagt Kristofer Herbers, Jugendsekretär des DGB in der bayrischen Landeshauptstadt. Verzagt wirkt er allerdings nicht, im Gegenteil. So wie er da steht, die Hände locker in den Hosentaschen, um die Lippen ein spöttisches Lächeln, vermittelt er den Eindruck: Hier hat jemand richtig Bock auf die Kämpfe, die er gerade ausficht.

**Ein Azubiwerk ist kein Hexenwerk.  
Was wir hier machen, können  
andere Städte auch.**

Kristofer Herbers, DGB München

Um zu zeigen, was die Gewerkschaften in München für bezahlbaren Wohnraum für junge Leute unternehmen, hat Kristofer gemeinsam mit DGB-Regionsgeschäftsführerin Simone Burger zu einem Treffen am Innsbrucker Ring eingeladen. Dort, in einem fünfstöckigen Zweckbau mit glatter Fassade, in dessen Erdgeschoss ein Supermarkt und eine Haustechnik-Firma untergebracht sind, hat die stadteigene GEWOFAG auf Initiative des DGB ein Wohnheim mit 118 Appartements ausschließlich für Azubis eingerichtet. Ein zweites Objekt am Hanns-Seidel-Platz mit zusätzlichen 221 Appartements ist bereits im Bau. Weitere Wohnheime sind in Planung, tausend Plätze insgesamt lautet beim DGB die Zielmarke. „Für den Anfang“, wie Kristofer betont.



Zimmer einer Auszubildenden im Wohnheim am Innsbrucker Ring

Die Trägerschaft für die Wohnheime soll in Kürze auf ein neu gegründetes Azubiwerk übergehen, das sich am Vorbild der bewährten Studierendenwerke orientiert. „Erste Überlegungen dafür gab es bei den Gewerkschaften schon in den 90er- und Nuller-Jahren, als ich selbst noch Jugendsekretärin war“, erzählt Simone. „Damals sind wir gescheitert, aber aufgegeben haben wir nie.“ Motiviert durch den Zukunftsdialog und seine bundesweite Aktionswoche Wohnen, haben DGB und DGB-Jugend ihr verbessertes Konzept nun wieder über die SPD/Volt-Fraktion in den Stadtrat getragen. Und diesmal ist es ihnen gelungen, die Mehrheit der Volksvertreter\*innen auf ihre Seite zu ziehen.

„Der durchschnittliche Azubi-Lohn in München beträgt 950 Euro. Ein WG-Zimmer kostet von 600 Euro an aufwärts. Das heißt: Selbst der Azubi bei BMW, der 1.000 Euro netto verdient, kann sich das nicht leisten“,



rechnet Kristofer vor. „Über Friseur-Azubis oder Berufsfachschüler\*innen wie zum Beispiel künftige Erzieher\*innen, die gar nix verdienen, muss man gar nicht erst reden. Die haben einfach keine Chance auf dem freien Wohnungsmarkt.“

Am Innsbrucker Ring gelten jedoch andere Regeln. 515 Euro im Monat sind hier für ein Einzelappartement von 22 Quadratmetern zu entrichten. „Auf den Azubi entfallen davon 221 Euro Grundmiete plus 106 Euro für Heizung und Betriebskosten, zusammen also 327 Euro. Das ist zu schaffen“, erläutert Kristofer. Aber fehlen da nicht noch 188 Euro?

„Für die kommen die Arbeitgeber auf, indem sie für jeweils drei Jahre Belegrechte kaufen“, erklärt Simone. „Oft genug haben sie geklagt, dass sie keine Jugendlichen für ihre Ausbildungsplätze mehr finden. Wir haben ihnen gesagt: Dann tut etwas und nehmt Geld in die Hand für bezahlbaren Wohnraum. Hier habt ihr die Gelegenheit.“

Und ja, es funktioniert. Vor allem größere Arbeitgeber wie die Deutsche Bahn nutzen die Chance, auf diesem Weg künftige Fachkräfte an sich zu binden. Aber auch Auszubildende, die nicht das Glück haben, dass ihr Arbeitgeber sie unterstützt, sollen sich in Zukunft direkt auf ein Drittel der Plätze bewerben können. Außerdem soll das Azubiwerk Auszubildende bei der Beantragung finanzieller Hilfe unterstützen.

Attraktiv an dem Projekt ist nicht nur die erschwingliche Miete. Jedes Appartement am Innsbrucker Ring hat eine eigene Kochnische und ein eigenes Bad. Ein solcher Standard ist in herkömmlichen Azubi-Wohnheimen nicht unbedingt üblich. „Doch die Zeiten ändern sich“, sagt Simone. „Heutige Azubis sind meist nicht mehr 15. Viele starten erst mit 18 oder 19 ihre Ausbildung. Junge

Menschen haben aus unserer Sicht einen Anspruch darauf, selbstständig zu leben, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern.“

Noch etwas anderes zeichnet das vom DGB angeschobene Azubiwerk aus: Mitbestimmung. „Wir können den Azubis nicht irgendetwas vor die Nase setzen und ihnen sagen: So ist es jetzt, findet euch damit ab“, erklärt Kristofer. „Sie wissen schließlich selbst am besten, wie sie leben wollen.“ Deshalb wird in jedem Haus ein Hausrat gewählt. Zwei Personen aus dem Hausrat wiederum vertreten die Bewohner\*innen im Vorstand. Die Perspektive der jungen Menschen bringen auch die Vertreter\*innen der DGB-Jugend und des Kreisjugendrings in die Vorstandsarbeit ein.

Am Ende soll das Azubiwerk nicht nur bezahlbaren Wohnraum schaffen, sondern auch als Vernetzungsplattform dienen. „Es soll die Interessen von Azubis vertreten, Beratung organisieren, die Ausbildungs- und Lebensbedingungen von Azubis insgesamt verbessern“, sagt Simone. „Wenn uns das gelingt, haben wir den Ehrentitel ‚Leuchtturm‘, den der DGB unserem Projekt gegeben hat, wirklich verdient. Dann können wir auch weit über München hinaus ausstrahlen.“

Ein Azubiwerk ist schließlich „kein Hexenwerk, sondern im Grunde genommen auch nur ein Verein“, ergänzt Kristofer. „Was wir hier machen, können andere Städte auch. Wir freuen uns über jeden, der es nachmacht! Wer Tipps von uns braucht, muss sich nur melden. Wir helfen gern weiter.“ ■

# 118

Wohnheimplätze nur für Azubis stehen bereits bereit. 221 weitere sind im Bau.

# Eine Stimme für die Berufspendler\*innen



Heidelberg, 8 Uhr früh an einem kalten Dienstagmorgen im Corona-Winter 2022. Eine scheinbar endlose Schlange von Autos schleicht über die Ernst-Walz-Brücke über den Neckar in Richtung Neuenheimer Feld. Busse stecken fest, auch eine Feuerwehr und mehrere Krankenvan kommen nur im Schrittempo voran, zum Glück sind sie nicht im Noteinsatz. Fahrradfahrer\*innen fädeln sich vor der Ampel auf wie in einer Kette. Straßenbahnen warten darauf, dass es irgendwann weitergeht. Stop and Go, Stop and Go. „Hätten wir nicht so viele Leute im Homeoffice, es wäre noch viel voller um diese Zeit“,



ruft Maren Diebel-Ebers, und sie muss ihre Stimme anstrengen, um den Verkehrslärm zu übertönen. „So kann es einfach nicht bleiben.“

Maren war jahrelang DGB-Regionssekretärin für die Kreisverbände Heidelberg/Rhein-Neckar und Neckar-Odenwald, ehe sie Ende Januar zur stellvertretenden DGB-Bezirksvorsitzenden in Baden-Württemberg gewählt wurde. Mit Mobilität, genauer: dem Berufsverkehr in Heidelberg, befassen sie und ihre Kolleg\*innen sich seit 2018 sehr intensiv – und mit so viel Erfolg, dass der DGB-Bezirk ihr Projekt zu einem „Leuchtturm“ im Zukunftsdialog erklärte. Ein Vorbild, das weit über die Stadt hinaus auszustrahlen vermag.

Um zu verstehen, warum der Berufsverkehr hier so ein Problem ist, hilft ein Blick auf die Karte. Der größte Teil des Stadtgebietes von Heidelberg liegt auf dem linken Neckar-Ufer, das Neuenheimer Feld aber auf dem rechten, und ausgerechnet dort sind die größten Arbeitgeber der Stadt ansässig: das Universitätsklinikum, die medizinische und die naturwissenschaftliche Fakultät der traditionsreichen Universität, ein großes Verlagshaus und das Deutsche Krebsforschungszentrum. Wer aus der Stadt oder aus dem südlichen und westlichen Umland dorthin zur Arbeit oder zum Studium gelangen will, muss über die Ernst-Walz-Brücke. Am Ziel ist er oder sie damit allerdings immer noch nicht. Denn spätestens vor der Kopfklinik an der Straße Im Neuenheimer Feld wartet sofort eine zweite Staufalle. Was also tun?

„Wir haben uns als erstes mit den Betriebs- und Personalräten im Neuenheimer Feld in Verbindung gesetzt, eine gemeinsame Projektgruppe gegründet, die Probleme analysiert und pünktlich zur Kommunalwahl 2019 unsere Forderungen öffentlich gemacht. Wir haben, wie man so schön sagt, ‚ein Thema gesetzt‘“, berichtet Maren. „Der DGB war der einzige, der sich

darum gekümmert hat“, bestätigt Silvio Härtling, stellvertretender Personalratsvorsitzender im Klinikum. „Als Maren auf uns zukam, haben wir sofort mitgemacht.“

Was für Verbesserungen schlägt der DGB vor? „Wir brauchen Direktverbindungen ins Neuenheimer Feld mit Bussen vom Bahnhof und aus dem Umland“, sagt Silvio. „Sichere Abstellplätze für die Fahrräder. Eine Straßenbahn oder zumindest weitere Buslinien. Überdachte Bushaltestellen. Zusätzliche Radwege. Park-and-ride-Plätze im Süden der Stadt. Für die Fußgänger muss die Beleuchtung der Wege verbessert werden – das ist gerade für unsere Schichtarbeitenden am Abend oder am frühen Morgen besonders wichtig. Und irgendwann muss auch eine weitere Neckar-Querung gebaut werden, über die schon so lange diskutiert wird.“

Hätten die Stadtverwaltung und die lokalen Parteien nicht selbst auf diese Ideen kommen können, ja: müssen? Theoretisch schon, erklärt Maren. Doch es waren eben überwiegend „nur“ die Probleme von Pendlerinnen und Pendlern – von Menschen also, die in ihren Heimatgemeinden zur Wahl gehen, aber in der Stadt keine eigene Stimme haben. „Heidelberg hat an die 160.000 Einwohner, aber zusätzlich kommen 64.000 Berufspendlerinnen und -pendler zur Arbeit her. Vier-und-sechzig-tausend! Ihnen haben wir gesagt: Wir als Gewerkschaften wollen euch helfen, wir wollen auch eure Stimme sein.“

Mittlerweile geht es voran, in kleinen Schritten zwar, aber es tut sich etwas. Die Kommune hat ein Paket von 30 Sofortmaßnahmen zur lokalen Verkehrsentwicklung beschlossen, in das auch Vorschläge der Gewerkschaften eingeflossen sind. Sogar die Straßenbahnlinie ins Neuenheimer Feld soll nun tatsächlich kommen. Im Masterplanverfahren, in dem die Entscheidungen über dieses Areal fallen, können jetzt auch die Beschäftigten

Nicht jeder kann vom PKW aufs Fahrrad umsteigen. Aber allen, die es können, müssen wir einen Anreiz bieten.

Maren Diebel-Ebers, DGB Baden-Württemberg

über ihre Betriebs- und Personalräte direkt mitreden. Der Einsatz des DGB zahlt sich aus.

Besonders froh ist Maren darüber, dass die Stadt mit den großen Arbeitgebern im Neuenheimer Feld eine Kooperationsvereinbarung zum betrieblichen Mobilitätsmanagement abgeschlossen hat. Was sich hinter dem umständlichen Begriff verbirgt, erläutert sie in ganz einfachen Worten: „Uns ist klar, dass nicht jeder vom PKW aufs Fahrrad umsteigen kann. Die Krankenschwester im Schichtdienst, die weit draußen wohnt, wird auch in Zukunft das Auto nehmen, und das ist auch in Ordnung. Aber den Kollegen, die hier in der Nähe wohnen, muss man zeigen, dass das Fahrrad für sie eine echte Alternative sein kann. Dafür muss man ihnen auf der

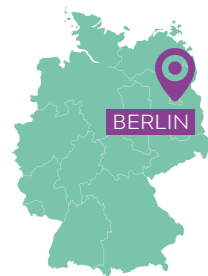
## 64.000

Berufspendler\*innen arbeiten in der 160.000-Einwohner-Stadt Heidelberg.

Arbeit einen Spind zur Verfügung stellen, eine Dusche. Man muss ihnen einen echten Anreiz bieten und den Rahmen, sich mit der eigenen Mobilität und möglichen Alternativen auseinanderzusetzen. Genau das ist betriebliches Mobilitätsmanagement!“

Der Heidelberger DGB hat den Fokus des Projekts inzwischen ausgeweitet und arbeitet an Verkehrskonzepten für die ganze Stadt statt nur fürs Neuenheimer Feld. Und noch einen weiteren Effekt hat der Zukunftsdialog hier gebracht: Der Kreisverband ist richtig auf Touren gekommen. „Durch den Zukunftsdialog haben wir viele neue Aktive gewonnen, die heute im DGB mitarbeiten“, sagt Maren. Auch Silvio Härtling ist jetzt ehrenamtlich im Vorstand mit dabei. ■

# Kostenloses Schulessen muss anständig bezahlt werden



Nichts geht über einen guten Tarifvertrag, und wenn dann noch engagierte Betriebs- oder Personalräte darüber wachen, dass er auch eingehalten wird – umso besser. Was aber tun, wenn es an beidem fehlt? Und nicht nur in einem oder zwei kleinen Betrieben, sondern in einer ganzen Branche? Mit Abertausenden Beschäftigten? In einem ganzen Bundesland?

Dann hilft immer noch eines: Solidarität. Den Beweis dafür erbrachte in Berlin der DGB-Kreisverband Mitte mit der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) und der Bildungsgewerkschaft GEW. Sie sahen sich im Rahmen des DGB-Zukunftsdialogs aus der Nähe an, wie es eigentlich um diejenigen bestellt ist, die Tag für Tag die Essenversorgung in den Schulen der Hauptstadt garantieren. Wie wichtig ihre Arbeit für die Gesellschaft ist, muss man niemandem erklären. Wie aber sind die Arbeitsbedingungen bei den Caterern? „Eher mies“, urteilt Laura Pinnig, Grundschullehrerin, GEW-Mitglied und ehrenamtliche Aktivistin im DGB-Kreisverband Mitte. „Es sind vor allem Frauen, die das Essen ausgeben. Die meisten von ihnen sind in Teilzeit beschäftigt. Viele sind ungelernt. Viele haben eine Migrationsgeschichte. Viele sind alleinerziehende Mütter. Viele bekamen gerade mal den Mindestlohn. Mit ‚guter Arbeit‘, wie wir es als Gewerkschaften verstehen, hat das nichts zu tun.“

**Wir dachten, wir müssten ganz viel erklären. Aber die Frauen an der Essenausgabe wussten sehr genau Bescheid über Tarife.**

Laura Pinnig, DGB Berlin-Mitte



Schul-Catering – das ist an nicht wenigen Orten in Berlin die Sache von kleinen Anbietern, die in diesem oder jenem Oberstufenzentrum oder Gymnasium die Cafeteria betreiben. „Manchmal sind es Familienunternehmen, nicht selten operieren sie am Rande der Selbstausbeutung“, konstatiert sehr sachlich Sebastian Riesner, der in der NGG für den Bereich Hotel und Gaststätten und damit auch für die Schulcaterer zuständig ist.

Die dominierenden Player auf dem Markt aber sind andere: Eine Gruppe von nur 20 oder 25 Unternehmen, die ihre Königsberger Klopse und Gemüsebratlinge in zentralen Großküchen zubereiten und dann an Schulen im ganzen Stadtgebiet ausliefern. „Sie machen das Gros der Ausschreibungen unter sich aus“, sagt Sebastian. „Und bei ihnen haben wir angesetzt.“

Die erste Herausforderung bestand darin, überhaupt einen belastbaren Kontakt zu den Beschäftigten an der Essenausgabe in den Schulen herzustellen. „Alleine hätten wir das als NGG kaum hinbekommen. Deshalb haben wir sehr gern die Hilfe der GEW angenommen, die über ihre Vertrauensleute und Personalräte in den Schulen gut verankert ist“, erklärt Sebastian.



Zum Internationalen Frauentag 2020 gingen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in die Schulmensen und sprachen die Betroffenen direkt an. „Wir hatten als DGB kleine Beutel mit Informationsmaterialien und ein paar Süßigkeiten zusammengestellt und dachten, wir müssten jetzt ganz viel erklären – Tarifvertrag, Tariflohn, all diese Dinge“, erzählt Laura. „Aber wir hatten uns kräftig verschätzt. Die Frauen wussten sehr genau Bescheid!“

Nur wie es anders werden könnte – das wussten sie nicht. „Sie sagten uns: ‚Wir drei oder vier allein gegen den Chef? Da erreichen wir gar nichts‘“, berichtet Laura. Noch ein anderer Gedanke schwirrte in vielen Köpfen herum: „Immer wieder hörten wir: ‚Ich kann doch nichts anderes, ich kriege nie eine andere Stelle.‘ Sie steckten in einem regelrechten Abhängigkeitsverhältnis.“

**20** bis 25 Unternehmen dominieren in Berlin das Schulcatering. Keines von ihnen zahlt Tariflohn.

Weitere Aktionen in den Schulmensen waren schon geplant, die Flyer waren schon gedruckt, da brach die Corona-Pandemie über das Land herein und mit ihr das Home-Schooling. Die Frauen im Catering, die keine Festanstellung hatten, wurden in der Regel nicht weiterbeschäftigt. Anspruch auf Kurzarbeitergeld oder andere Corona-Hilfen hatten sie nicht. „Sie rutschten einfach durch das soziale Netz“, so Laura.

Doch die Gewerkschaften legten auch jetzt nicht die Hände in den Schoß, sondern sie nahmen Kurs auf die Zeit nach Corona. Sie wurden beim Regierenden Bürgermeister, bei der Senatsbildungsverwaltung, bei den bezirklichen Vergabestellen vorstellig. „Berlin hat bekanntlich ein Vergabegesetz, das festlegt: Jedes Unternehmen,

das von der Stadt einen Auftrag erhalten will, muss seinen Beschäftigten zumindest den Vergabemindestlohn zahlen – momentan noch 12,50 Euro pro Stunde, in Kürze werden es 13 Euro sein“, erklärt Sebastian. „Wir hatten jedoch festgestellt, dass viele Ausschreibungen das nicht berücksichtigten. Also hakten wir nach und ließen uns auch nicht mit vorgeschobenen Begründungen abspeisen.“

Es geht um geltendes Recht, und es geht darum, wie eine Stadt soziale Gerechtigkeit buchstabiert. „In Berlin ist seit 2019 die Schulspeisung bis zur 6. Klasse für die Familien umsonst, und das ist gut so. Doch gerade weil hier Steuergelder eingesetzt werden, haben wir die Pflicht, damit nicht nur einen hohen Bio-Anteil im Essen, sondern auch anständige Arbeitsbedingungen zu finanzieren“, betont Sebastian. „Menschen müssen von ihrer Hände Arbeit leben können. Dazu gehört nun mal auch, dass niemand weniger als diese 12,50 oder in Bälde 13 Euro pro Stunde in der Lohntüte hat.“

Der vom DGB und den Mitgliedsgewerkschaften aufgebaute Druck wirkte: Laufende Ausschreibungen wurden zurückgezogen, es wurden neue Vergabeverfahren angeschoben. „Wir haben dafür gesorgt, dass der Vergabemindestlohn tatsächlich bei allen Beschäftigten ankommt. Ohne uns hätte das noch Jahre gedauert“, sagt Sebastian.

Auch innerhalb der Gewerkschaften hat sich etwas verändert. „NGG und GEW haben auf den ersten Blick kaum Schnittmengen, auch die tariflichen Gehaltsunterschiede sind riesig“, sagt Laura. „In der Kampagne für die im Schul-Catering Beschäftigten aber haben wir Seite an Seite gestanden und kooperativ zusammengearbeitet. Koordiniert hat das der DGB. Wir haben auch hier gezeigt, wofür der DGB gut ist.“ ■

# Stimmen aus den Gewerkschaften

”

Wir müssen uns den inhaltlichen und organisationspolitischen Herausforderungen im DGB stellen, wenn wir nicht dem Staat das Regulativ für die Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen in der Transformation überlassen wollen.

**Michael Vassiliadis, Vorsitzender IGBCE**



”

Dem Zukunftsdialog ist es gelungen, den DGB und die Einzelgewerkschaften vor Ort wieder spürbarer zu machen und sie untereinander besser zu vernetzen. Die regionalen GEW-Gliederungen freuen sich auch in Zukunft auf mehr gemeinsame Vernetzungsveranstaltungen vor Ort.

**Maïke Finern, Vorsitzende GEW**



”

Der Zukunftsdialog wurde in konkrete Aktionen vor Ort überführt. Einer ganzen Stadt kann alltagsnah und praktisch gezeigt werden, was Tarifflicht, was die Schwächung von Betriebsräten anrichtet und wie sehr das die Arbeitsbedingungen verschlechtert. Und warum Forderungen nach mehr Tarifbindung Sinn machen. Das hat uns Mitgliedsgewerkschaften bei unserer Arbeit ungemein geholfen.

**Claudia Tiedge, stellv. Vorsitzende Gewerkschaft NGG**



”

Eine große Anerkennung dafür, dass der Zukunftsdialog auch in schwierigen Pandemie-Zeiten aufrechterhalten werden konnte. Im Vordergrund des Dialogs stand für die GdP, dass sie als Teil des Deutschen Gewerkschaftsbundes sichtbar wurde, auch für ihre Rolle in Fragen der Demokratiestärkung und Sicherheit.

**Oliver Malchow, Bundesvorsitzender Gewerkschaft der Polizei**



”

Handlungsfähigkeit erwächst dort, wo sich Menschen treffen und Ideen entwickeln. Mit dem Zukunftsdialog ist es dem DGB gelungen, mit den Menschen ins Gespräch zu kommen. Die lebhafteste Beteiligung an den Veranstaltungen zeigt, dass es ein großes Bedürfnis nach einer solidarischen Gesellschaft gibt, in der niemand zurückgelassen wird.

**Jörg Hofmann, Vorsitzender IG Metall**



”

Wir brauchen langfristige Investitionen in die Verkehrswende, in eine nachhaltige Mobilität. Das sagen nicht nur wir, sondern auch viele Bürgerinnen und Bürger im DGB-Zukunftsdialog. Der Rückhalt aus der Gesellschaft stärkt uns.

**Cosima Ingenschay, Bundesgeschäftsführerin EVG**



”

Mit dem Zukunftsdialog haben wir einen modernen und frischen Weg gefunden, wieder verstärkt miteinander zu diskutieren. Gerade auch über gemeinsame Wege zur Stärkung der Organisations- und Tarifmächtigkeit all unserer Einzelgewerkschaften. Das war und ist auch zukünftig sehr wertvoll für eine starke, solidarische DGB-Gewerkschaftsbewegung.

**Carsten Burckhardt, Bundesvorstandsmitglied IG BAU**



”

Das Engagement des DGB und der Mitgliedsgewerkschaften hat durch den Zukunftsdialog regional wie bundesweit zusätzliche Dynamik bekommen. Mit beteiligungsorientierten Veranstaltungen und weiteren Formaten hat der Zukunftsdialog die Menschen bei den Themen abgeholt, die sie im Alltag beschäftigen. So macht gewerkschaftliche Arbeit Spaß.

**Frank Werneke, Vorsitzender ver.di**





# Drei Perspektiven, drei Fragen und Antworten

Aus den mehr als 5.000 Zukunftsdialog-Beiträgen stechen drei Gruppen von Einsendungen hervor: Da ist der Wunsch nach mehr Gerechtigkeit, die Ungeduld bei der Rettung des Planeten und die Motivation, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen. Was können wir nun machen? Wir haben drei Personen aus dem DGB gebeten, uns aus ihrer ganz persönlichen Perspektive Antworten zu geben.



**Matteo Scacciante, 38**, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender KION Group, Vorsitzender DGB-Kreisverband Reutlingen

## Wo fehlt es in deinem Umfeld an Fairness, an Solidarität in der Gesellschaft?

An verschiedenen Punkten: Zum Beispiel ist das Thema „bezahlbare Wohnung“ ein Fass ohne Boden. Unsere Kolleg\*innen aus der Metall- und Elektroindustrie verdienen ein gutes Gehalt; wir können uns nicht beschweren. Doch wenn man eine Familie mit zwei Kindern hat, muss man oft über 50 Prozent des Gehaltes für eine durchschnittliche Wohnung abgeben. Durch die extremen Miet- oder Kaufpreise leiden andere Themen, die für eine Familie wichtig wären wie Urlaube, Nachhilfe, Musikunterricht, Sprachunterricht, Ausflüge, Kultur oder Sport. Und wir brauchen dringend ein gerechtes und zukunftsorientiertes Bildungssystem.

## Was können wir als DGB tun, um diese Verhältnisse zu verändern?

Im Grunde könnte man viele der Probleme damit lösen, wenn nicht länger der Profit im Vordergrund stehen würden. Ich will

es bei dem Thema Bildung kurz klarmachen: Man sollte sich von unseren skandinavischen Nachbarn eine Scheibe abschneiden und endlich die Versprechungen, die seit Jahren gemacht werden, umsetzen. Denn nur mit einer fitten und aufgeklärten Generation werden wir die zukünftigen Herausforderungen lösen können. Hier muss der DGB stärker in den schulischen Einrichtungen aktiv sein. Genauso müssen wir Einfluss darauf nehmen, dass Schulbücher nicht nur von Wirtschaftsverbänden beeinflusst werden.

## Welche Partner können wir dafür gewinnen?

Die Themen müssen aus Sicht der Gesellschaft, der Bürger\*innen behandelt werden. Und ich will eins draufsetzen und sage, dass es uns nur als Europa gelingen kann. Wenn wir gemeinsam daran arbeiten würden, einheitliche Standards im Steuerrecht, im Arbeits- und Gesundheitsschutz oder bei der Mitbestimmung in ganz Europa zu schaffen, könnte die Utopie einer fairen Gesellschaft zur Realität werden.



**Marco Bedrich, 28**, DGB-Regionsgeschäftsführer Südbrandenburg/Lausitz

## 2019 wurde der Kohleausstieg beschlossen. Davon ist auch das Braunkohlerevier in der Lausitz betroffen. Was muss jetzt bei euch passieren?

Nach dem Strukturbruch in den 1990er-Jahren und dem andauernden Strukturwandel muss die Transformation jetzt zum Erfolg geführt werden. Dafür gehören die Menschen in den Mittelpunkt! Das heißt, dass sie mitbestimmen müssen, was passiert. Außerdem braucht es gute Weiterbildungschancen für alle. Wir müssen es schaffen, dass die Menschen merken, dass die Transformation langfristig positive Effekte auf ihr eigenes Leben und unsere Region hat.

## Was könnt ihr als DGB in eurer Region tun für nachhaltigeres Wirtschaften und Leben?

Uns zum Beispiel bei der Politik für gute ÖPNV- und Bahnverbindungen einsetzen: Wir sprechen täglich über den Strukturwandel

und eine gute Zukunft für unsere Region. Viele Milliarden Euro stehen bereit, aber die Bahnverbindungen nach Berlin, Dresden, Leipzig und in polnische Großstädte gehen nicht in der Geschwindigkeit mit. Wenn sich das nicht ändert, sind die Menschen hier auch in Zukunft auf das Auto angewiesen. Außerdem reden wir mit Politik, Betriebsräten und Unternehmen über die Energieproduktion. Wenn wir es schaffen, die Lausitz als Lieferanten nachhaltiger Energie zu etablieren, helfen wir der Region und der Umwelt.

## Mit wem können wir uns verbünden?

Wir arbeiten mit Gewerkschaften, Parteien und Verbänden aus der Zivilgesellschaft. Damit die Perspektiven von Frauen im Strukturwandel einfließen, sind wir Teil des regionalen Frauennetzwerks „F wie Kraft“. Ganz wichtig ist auch unser REVIERWENDE-Team mit Büros in Cottbus und Görlitz. Als DGB haben wir das Projekt in der Lausitz, im Mitteldeutschen und im Rheinischen Revier sowie im Saarland gestartet. Die Kolleg\*innen sind Fachleute für eine Transformation im Sinne der Beschäftigten. Sie vernetzen und beraten Politik, Gewerkschaften und andere Akteur\*innen.



**Naciye Celebi-Bektas, 54**, Referat Migration/Integrationspolitik, DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt

## Kennst du das Gefühl von Ohnmacht gegenüber angeblich alternativlosen Konventionen und Zwängen?

Ja, leider begegne ich dieser Haltung zu oft. In Deutschland liebt man Vorschriften, Regeln werden meist als alternativlos betrachtet. Aber wir Menschen sind es, die Regeln machen. Und wir sind es, die Alternativen schaffen können. Es gibt nichts, das alternativlos ist.

## Was können wir als DGB tun, um den Enttäuschten mehr Vertrauen in die eigene Gestaltungskraft zu vermitteln?

Als Organisation müssen wir uns selbstkritische Fragen stellen: Repräsentieren wir die Gesellschaft? Für welche Gruppen setzen wir uns ein? Wie sprechen wir sie an? Wir sollten den Enttäuschten und Mutlosen zeigen, dass wir für sie da sind, empathisch

sind. Wir sollten sie mit ihrer Sprache, Kultur und Thematik dort abholen, wo sie sind, nicht darauf warten, dass sie zu uns finden. Diversität von Geschlechtern, Nationalitäten und Schichten auf allen Ebenen widerspiegeln. Festgefahrene Netzwerke und Handlungsmuster durchbrechen. Zum Beispiel könnte der DGB noch mehr Frauen of Color einstellen und sich für ihre Interessen einsetzen sowie Netzwerke für sie schaffen, sie stärker bei Veranstaltungen einbeziehen. Hier ist schon einiges passiert, aber ich bin überzeugt: Wir können mehr. Meine Vision ist: die ganze Welt in einem Haus.

## Wo finden wir Mitstreitende in diesem Kampf?

Ein Viertel der Menschen in unserer Gesellschaft hat eine Migrationsgeschichte. Da sind also viele, die wir gezielter ansprechen und gewinnen können. Unterstützung bekommen wir dafür auch von zivilgesellschaftlichen Bündnissen wie dem „Netzwerk Migrantinnen und Arbeitsmarkt Niedersachsen“ (NeMIA), das wir als DGB vor drei Jahren gegründet haben. Es fördert die Integration von Frauen mit Migrationsbiografie in den Arbeitsmarkt.

# Vier Jahre DGB-Zukunftsdialog: Gemeinsam weitergehen

Welche Erinnerungen bleiben nach vier Jahren Zukunftsdialog? Wie wird die künftige Arbeit durch den Prozess beeinflusst? Wir haben Stimmen aus den neun DGB-Bezirken eingesammelt:



Klimaschutz und wirtschaftliche Entwicklung zusammenbringen? Ich bin davon überzeugt: Das ist möglich! Gerade bei uns im Norden mit all den Potenzialen, die sich uns durch Wind und Wasser bieten. Veränderungen rufen aber auch Widerstand hervor. Deshalb ist Dialog so wichtig – in den Gewerkschaften, mit der Politik, aber auch mit den Bürger\*innen. Hierbei sollten wir an die Erfahrungen aus dem Zukunftsdialog anknüpfen.



Laura Pooth, Vorsitzende DGB-Bezirk Nord



Fokussiert an unseren Themen zu arbeiten und diese dann in die Öffentlichkeit zu transportieren, hat sich als gutes Konzept erwiesen. Daran wollen wir anknüpfen. Es zeigt sich, dass wir durch die Fokussierung unseren Themen mehr Gehör verschaffen können und eine breitere Öffentlichkeit erreichen.

Mehrdad Payandeh, Vorsitzender DGB-Bezirk Niedersachsen - Bremen - Sachsen-Anhalt



Angesichts der noch nicht absehbaren Folgen des Ukraine-Krieges ist das, was die Menschen jetzt dringend brauchen, Sicherheit. Sicherheit in der Krise. Und das hat auch die Pandemie wieder gezeigt: Gewerkschaften sind Garanten für soziale Sicherheit und für sozialen Frieden. Sie sind systemrelevant. Das müssen wir viel deutlicher nach außen tragen und gleichzeitig daran arbeiten, dass wir noch stärker werden, um dieser Aufgabe gerecht zu werden. Nur mit starken Gewerkschaften kann eine progressive Modernisierungspolitik auch gelingen.



Bernhard Stiedl, Vorsitzender DGB-Bezirk Bayern



Zwei Erfolge aus dem Zukunftsdialog: Die Stadt Karlsruhe hat in Sachen gute Arbeit zwei wegweisende Beschlüsse gefasst. Aus den Betrieben der Stadt Karlsruhe wird Leiharbeit verbannt. Außerdem vergibt die Stadt öffentliche Aufträge nur noch an tarifgebundene Betriebe. Diese Beschlüsse sind dank des Engagements des dortigen DGB-Stadtverbandes getroffen worden. Auf diese Erfolge können und wollen wir aufbauen!

Kai Burmeister, Vorsitzender DGB-Bezirk Baden-Württemberg



Die Sichtbarkeit des DGBs beim Thema Wohnen bleibt mir in Erinnerung. Im Bezirk haben wir es zum Beispiel mit dem aufblasbaren Wohnzimmer in die Tagesschau geschafft, und ganz konkret gibt es in Mainz-Bingen nun eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft. Das sind Erfolge, die für die weitere Arbeit motivieren.

Susanne Wingertzahn, Vorsitzende DGB-Bezirk Rheinland-Pfalz/Saarland



Sehr gut war der Auftakt des Zukunftsdialogs mit Vertreter\*innen der Gremien aller Ebenen, egal ob sie haupt- oder ehrenamtlich für den DGB unterwegs sind. Das hat das Gefühl für die gemeinsame Verantwortung gestärkt und war ein Grundstein des Erfolges.

Michael Rudolph, Vorsitzender DGB-Bezirk Hessen-Thüringen



Gerade in meinem Bezirk beschäftigt uns die Frage der Demokratie und deren weiterer Entwicklung. Wir stehen als Gewerkschaften ganz klar für eine Stärkung der Demokratie. Auf der anderen Seite gibt es eine zunehmende Zahl von Menschen, die sich von demokratischer Beteiligung abwenden. Diese nicht ganz zu verlieren, sondern durch Beteiligung und Diskussionsmöglichkeiten wieder für Demokratie zu gewinnen, gehört zu den großen Aufgaben.

Markus Schlimbach, Vorsitzender DGB-Bezirk Sachsen



Mit dem Zukunftsdialog ist unsere Stimme lauter geworden, das ist ein großer Erfolg. Unsere Kolleginnen und Kollegen in den Kreis- und Stadtverbänden konnten mit tollen Aktionen den DGB vor Ort sichtbar machen. Für die Zukunft sollten wir unsere ebenenübergreifende Zusammenarbeit weiter professionalisieren und das Ehrenamt stärken. Insgesamt ist der Zukunftsdialog ein toller Prozess, der den DGB nach vorne gebracht hat.

Anja Weber, Vorsitzende DGB-Bezirk Nordrhein-Westfalen



Der Zukunftsdialog war das Dach unserer Kampagnen in den vergangenen Jahren und die Verbindung zwischen den verschiedenen Ebenen. Er hat das Gefühl verstärkt, dass der DGB und seine Gewerkschaften und ebenso die Ehren- und Hauptamtlichen an einem Strang ziehen. Die gemeinsamen Konferenzen und Aktionen auf der Straße haben die Menschen zusammengebracht, und gezeigt, dass wir Kampagne können. Mit diesem Selbstbewusstsein machen wir weiter.

Katja Karger, Vorsitzende DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg



## Impressum

Herausgeber:  
Deutscher Gewerkschaftsbund  
Bundesvorstand  
Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin

Telefon +49 30 240 60-0  
Telefax +49 30 240 60-324  
zukunftsdialog.bvv@dgb.de

Verantwortlich: Reiner Hoffmann

Redaktion: A&B One Kommunikationsagentur GmbH,  
Kathrin Biegner, Dr. Melanie Frerichs

### Bildnachweise:

Titelseite: Kathrin Biegner, Tim M. Carmele, Stefan Fahl, Gerngross Glowinski, Thomas Range, Gordon Welters; S. 3: DGB/Detlef Eden (Foto R. Hoffmann), DGB/Simone M. Neumann (Fotos E. Hannack und S. Körzell) und DGB/Joanna Kosowska (Foto A. Piel); S. 6–9: Gordon Welters; S. 10: Taro Tatura; S. 11, S. 15 oben, S. 28: A&B One Kommunikationsagentur GmbH; S. 13; S. 15 unten, S. 16, S. 20, S. 21, S. 24, S. 25, S. 26, S. 29: DGB/Kathrin Biegner; S. 23: DGB/Thomas Range; S. 30: Helge Krückeberg (Foto M. Vassiliadis), GEW (Foto M. Finnern), IG Metall (Foto J. Hofmann), EVG (Foto C. Ingenschay); S. 31: NGG (Foto C. Tiedge), GdP/Hagen Immel (Foto O. Malchow), IG BAU/Alexander Paul Englert (Foto C. Burckhardt), ver.di (Foto F. Werneke); S. 32: Matteo Scacciantè privat; S. 33 DGB/Andreas Franke (Foto M. Bedrich), Naciye Celebi-Bektas privat (Foto N. Celebi-Bektas); S. 34: DGB Nord (Foto L. Pooth); DGB Bayern (Foto B. Stiedl), DGB/Werner Musterer (Foto M. Payandeh); S. 35: DGB/J. Röttgers (Foto K. Burmeister), DGB RLP/SL (Foto S. Wingertzahn), DGB/M. Sehmisch (Foto M. Rudolph); DGB Sachsen/Rietschel (Foto M. Schlimbach); DGB NRW/Thomas Range (Foto A. Weber); DGB Berlin-Brandenburg/Chr. v. Polentz/transitfoto.de (Foto K. Karger)

Gestaltung: BBGK Berliner Botschaft

Mai 2022

Videos anschauen,  
Statements hören und vieles mehr  
in der digitalen Verlängerung auf  
[www.dgb.de/zukunftsdialog](http://www.dgb.de/zukunftsdialog)

